

BLICKPUNKT ZUKUNFT

Herausgegeben von Werner Mittelstaedt

B
L
I
C
K
P
U
N
K
T

Z
U
K
U
N
F
T

**Zeitschrift
mit
Beiträgen
und
Zeitdokumenten
zur
Zukunfts- und Friedensdiskussion**

ISSN 0720-6194

Bestellungen für die Printausgabe
inkl. Porto: 8, -- Euro / US-\$ 12, --
(Ab 10 Exemplare 50% Preisnachlass)

Redaktion:
BLICKPUNKT ZUKUNFT
Werner Mittelstaedt
Ecksteins Hof 50
D-45721 Haltern am See

E-Mail: werner.mittelstaedt-gzs@t-online.de

Erscheint als Printausgabe und seit dem Jahr 1997
auch im Internet. Die Ausgaben 1 – 69 sind als Voll-
text (PDF) im Internet kostenlos erhältlich.

WWW.BLICKPUNKT-ZUKUNFT.COM

BLICKPUNKT ZUKUNFT wurde in den Jahren 2019 und 2020 für den
»Alternativen Medienpreis« in der Kategorie »Zukunft« nominiert.

Gegründet 1980 von Werner Mittelstaedt

VIEWPOINT FUTURE

Ausgabe 69 · August 2020 · 40. Jahrgang

Zukunft in Zeiten der Coronakrise

Durch die Coronavirus-Pandemie werden viele drängende Zukunftsthemen, bestehende gesellschaftliche Krisen und Fehlentwicklungen – global betrachtet – deutlich in den Hintergrund gedrängt. Der Kampf gegen das Coronavirus und seinen Folgen ist das absolut dominierende Thema auf der Welt, zumal weltweit die Anzahl der Menschen, die sich mit dem Coronavirus infizieren, Tag für Tag noch immer steigt. Dadurch ist die Zukunft für viele Menschen unsicherer denn je. In den Ländern, in denen die akute Ausbreitung der Infektionen relativ stark zurückgedrängt wurde, wie beispielsweise in Deutschland, Frankreich und Italien (Stand: Juli 2020), gelangen allmählich wieder andere drängende Themen in die Medien und gesellschaftliche Diskussion. Dabei ist festzustellen, dass durch die Coronakrise nahezu täglich gesellschaftliche Fehlentwicklungen und Missstände aufgedeckt und »an die Oberfläche gespült« werden, die vorher nicht oder völlig unzureichend öffentlich debattiert wurden und politische, gesellschaftliche und ökonomische EntscheidungsträgerInnen zum Handeln zwingen. Zwangsläufig spielt in einigen Beiträgen dieser Zeitschrift die Coronavirus-Pandemie auch eine Rolle – einer Pandemie, aus deren Folgen hoffentlich viel für die Gestaltung der Zukunft gelernt wird.

Jürgen Scheffran und Eberhard Schürmann haben für diese Ausgabe einen hochaktuellen Artikel geschrieben, der eine gemeinsame Strategie für eine lebensfähige und lebenswerte Welt im gemeinsamen Haus der Erde beschreibt. Der Beitrag geht auch auf die Coronavirus-Pandemie ein.

Michael Pleister beleuchtet informativ, kritisch und nachdenklich stimmend in seinem lesenswerten Beitrag das Zukunftsthema »Digitalisierung und künstliche Intelligenz«.

Weil sich Antisemitismus, Nationalismus, Rechtsextremismus, Rassismus und sämtliche Formen von Menschenfeindlichkeit entsetzlicherweise in Deutschland und in fast allen Ländern der Erde in den letzten Jahren ausbreiten, habe ich die aufrüttelnde Rede der prominenten Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, zum Gedenken an die Opfer der Shoah / Anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, die ich, zusammen mit meiner Frau Mechthild, am 27. Januar 2020 in der Jüdischen Gemeinde Gelsenkirchen mitgehört habe, angefordert, die sie mir rasch zur Verfügung stellte. Sie finden die Rede auf den Seiten 14-15.

Im Beitrag über mein neues Buch »Anthropozän und Nachhaltigkeit« gehe auch ich auf die Coronavirus-Pandemie ein (S. 21-22). Des Weiteren finden Sie, liebe Leserinnen und Leser, weitere interessante Beiträge zur Zukunfts- und Friedensdiskussion, wobei Sie unbedingt die wichtige Erklärung der IALANA (S. 18-19) lesen sollten. Bleiben Sie gesund!

Werner Mittelstaedt, im Juli 2020

Inhalt

Viable World:

Zusammenleben im Gemeinsamen Haus der Erde
von Jürgen Scheffran und Eberhard Schürmann

**Digitalisierung und künstliche Intelligenz:
Was bringt die Zukunft?**

Pessimismus, Hoffnung - Skepsis:
eine Verlautbarung
von Michael Pleister

**Rede der Antisemitismusbeauftragten
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**

**Gedenken an die Opfer der Shoah
Anlässlich des 75. Jahrestags der Befreiung des
Vernichtungslagers Auschwitz**

Impressum

An alle Theatermacher:

Tipping Point – Kipp-Punkt

**Starke internationale Partnerschaft für Landschafts-
schutz, Ecosystem Restoration und regenerative**

Ökonomie: World Future Council und Deutsche
Meeresstiftung übernehmen Anteile der United
Sustainability Group

**IALANA: Erklärung zur nuklearen Teilhabe und zur
geplanten Anschaffung neuer Trägerflugzeuge für
den Atomwaffeneinsatz**

JUNGE VDW

(Vereinigung Deutscher Wissenschaftler)

**Das Anthropozän, die Klimakrise, das Coronavirus
und die Zukunft der Weltgesellschaft**

Über das neue Buch »Anthropozän und
Nachhaltigkeit« im Kontext der Coronakrise
von Werner Mittelstaedt

**»Robert Jungk würde heute mit
Fridays for Future demonstrieren«
Zu seinem 26. Todestag**

Robert Jungk Bibliothek für Zukunftsfragen

Buchvorstellung

**Werner Mittelstaedt
Anthropozän und Nachhaltigkeit**
Denkanstöße zur Klimakrise und
für ein zukunftsfähiges Handeln

Viable World: Zusammenleben im Gemeinsamen Haus der Erde

von Jürgen Scheffran und Eberhard Schürmann¹

Die heutigen knapp 7,8 Milliarden Menschen überziehen die ökologische Leistungsfähigkeit der Erde um etwa die Hälfte. Zugleich wird die Bewohnbarkeit unserer Erde weniger durch das fortwährende Bevölkerungswachstum reduziert, sondern vielmehr wegen der Ideologie des ständigen Wirtschaftswachstums sowie der Krisenerscheinungen und Kämpfe von Nationalstaaten um Ressourcen und Macht, die die soziale und ökologische Selbstzerstörung der Menschheit vorantreiben. Bei einem klügeren Umgang mit der Erde könnte die Menschheit deren Bewohnbarkeit verbessern. Dafür bedarf es einer gemeinsamen Strategie für eine lebensfähige und lebenswerte Welt im gemeinsamen Hause der Erde, im Kontext einer Welt-Innenpolitik. Wenn die Menschheit jetzt beginnt, mit künftigen Generationen und den natürlichen Lebensgrundlagen zusammenzuleben (zu cohabitieren), und wenn sie aufhört, Krieg zu führen, kann sie überleben.

Globale Probleme in der vollen Welt

Es war Alexander von Humboldt, der als einer der Ersten davor gewarnt hat, dass die Menschen „sich in die Natur einmischen“ und dass dies „unvorhersehbare Folgen für kommende Geschlechter“ haben könnte (Wulf 2016, S. 16). Lange haben Ökonomen und Politiker die Aufforderung des jüdisch-christlichen Gottes aus Genesis 1,28 („Macht euch die Erde untertan“) dahin missverstanden, dass Grund und Boden wie ein kostenloser Faktor in alle Berechnungen und Rentabilitätsüberlegungen nicht einbezogen werden müssten. Das hat dazu geführt, dass nicht wie in den vergangenen Jahrhunderten die Naturgewalten dem menschlichen Leben Grenzen gesetzt haben.

Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte ist die Lebenspraxis des homo sapiens zu einer Gewalt im Anthropozän geworden, die dem Leben auf der Erde Grenzen setzt: Die Menschen heizen die Atmosphäre auf; sie versauern und düngen die Meere, machen sie fischarm, voller Algen und Plastikmüll; sie schädigen zur Steigerung landwirtschaftlicher Erträge die Fruchtbarkeit der Böden durch Kunstdünger, Gülle und Abholzen der Wälder; sie sorgen dadurch zu einem Verlust an Biodiversität und Ausrottung vieler Pflanzen und Tiere. Somit kann die Erde in gewisser Weise als Produkt der Menschen betrachtet werden: Pflanzen und Tiere leben entweder nach Maßgabe menschlicher Bedürfnisse oder auf Grund menschlicher Gnade in Reservaten. Dazu hat Heinrich Böll schon 1976 erklärt, dass „macht euch die Erde untertan“ ja nicht bedeuten könne „zerstört und verhöhnt eure Erde!“ (Böll 1976)

Der Wachstumsbegriff beflügelt seit Jahrzehnten Ökonomen und Politiker: Nur bei einem stetigen Wachs-

tum des Bruttosozialprodukts ist nach deren Vorstellungen das Wohlergehen der Menschheit gesichert. Dagegen hat schon 1972 der Club of Rome in seinem Bericht zur Lage der Menschheit „Die Grenzen des Wachstums“ davor gewarnt, dass ein exponentielles Wachstum auch zu einer exponentiell zunehmenden Umweltverschmutzung führt und hat dargelegt, dass ein „Übergang vom Wachstum zum Gleichgewicht“ erforderlich sei (Meadows 1972, S. 161). Zwanzig Jahre später, in der Konferenz von Rio, wurde das Prinzip der Nachhaltigkeit zu neuem Leben erweckt. Die Förster der Goethezeit beschrieben vor mehr als 250 Jahren das Gebot, nicht mehr aus den Wäldern abzuholzen als im selben Jahr nachwächst (Grober 2010, S.115). Diesem Prinzip liegt auch der „ökologische Fußabdruck innerhalb planetarischer Grenzen“ zu Grunde. Entgegen allen vollmundigen Versprechungen ist der Tag, an dem die menschliche Nachfrage nach nachwachsenden Rohstoffen das Angebot und die Kapazität der Erde zur Reproduktion dieser Ressourcen in diesem Jahr übersteigt (also mehr verbraucht als nachwächst), der „Welterschöpfungstag“ oder „Ökoschuldentag“ (Earth Overshoot Day) (Wackernagel/Beyers 2016, S.105 ff.), immer weiter an den Anfang des Jahres gerückt: Im Jahre 2018 war er am 5. August und im Jahre 2019 am 29. Juli. Aufgrund der wirtschaftlichen Einbrüche durch die Corona-Pandemie rückt dieser Tag für das Jahr 2020 vermutlich wieder in den August.

Die heutigen rund 7,8 Milliarden Menschen überziehen also die ökologische Leistungs- und Tragfähigkeit der Erde um etwa die Hälfte. Die von der UNO für 2100 geschätzten mehr als 10 Milliarden Menschen würden nicht nur noch mehr von der Erde verlangen, sondern auch eine ökologisch erheblich reduzierte Bewohnbarkeit vorfinden, wenn bis dahin keine Lösung der Probleme gefunden sein wird. Dies ist zu erwarten solange Nationalstaaten sich weiter wie Rivalen verhalten und die Erde als Kampfplatz missbrauchen. Bessere wirtschaftliche, soziale oder technische Systeme, wie saubere Energien sind jetzt schon verfügbar, werden aber alleine den Kampfplatz nicht in einen Lebensraum umwandeln.

Seit vielen Jahren besteht unter den WissenschaftlerInnen, die sich der Überlebensfähigkeit der Erde widmen, kein Zweifel, dass eine lebenswerte und überlebensfähige Erde nur dann erhalten bleiben bzw. wieder hergestellt werden kann, wenn die folgenden Probleme in einer allen Menschen gerecht werdenden Weise bewältigt werden (vgl. Knies 2016):

- Das Bevölkerungswachstum und die Überbevölkerung mit entsprechendem Naturverbrauch
- Der globale Klimawandel
- Das Wohlstands- und Armutsgefälle und die wachsende Kluft zwischen arm und reich

¹ Dieser Beitrag ist dem Hamburger Physiker Gerhard Knies (*10. Juli 1937 - 11. Dezember 2017) gewidmet. Er hatte sich zunächst mit großem Engagement für die Verbreitung von erneuerbaren Energien eingesetzt (von ihm stammt der Begriff DESERTEC – Strom aus der Wüste). Auf ihn geht die Initiative des Viable World Design Network zurück, das Ende 2014 gegründet wurde. Die beiden Autoren haben in diesem Netzwerk mit ihm an vielen Diskussionen teilgenommen, aus denen einige der hier vorgestellten Überlegungen hervorgingen, die in Konzeptpapieren zusammengefasst wurden, auf die hier u.a. Bezug genommen wird. Einige Aspekte wurden auch bei der gemeinsamen Tagung des Netzwerks mit der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) im Dezember 2018 über „Viable World: Gangbare Wege in eine lebensfähige und lebenswerte Welt“ diskutiert (<https://vdw-ev.de/portfolio/viable-world>).

- Die Naturzerstörung durch ungebremsten Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen
- Zunehmender Verlust an Biodiversität
- Die Erde als Kampfplatz für Kriege
- Das gefährliche Beharrungsverhalten.

Das Bevölkerungswachstum hat dazu geführt, dass wir spätestens seit 1970 auf einer „überfüllten Erde“ leben. Von 1800 bis 1930 hat der homo sapiens sich von einer Milliarde auf zwei Milliarden verdoppelt. Eine weitere Verdoppelung auf vier Milliarden war schon 1975 (also nach nur 45 Jahren) erreicht. Und im Laufe des 21. Jahrhunderts wird ein Anstieg auf vielleicht zehn oder 11 Milliarden prognostiziert. Die früher vorherrschende Erwartung der Elterngeneration, viele Kinder könnten im Alter ihr Leben absichern, wurde in den Staaten des globalen Nordens abgelöst von der Rentengesetzgebung, so dass dort jede Frau durchschnittlich nur ein oder zwei Kinder zur Welt bringt. In vielen Staaten Afrikas liegt die Zahl der Kinder pro Frau noch immer zwischen fünf und sechs Kindern. Ein Weg der Bevölkerungskontrolle ist die Empfängnisverhütung, neben den Faktoren, die den demographischen Übergang zu sinkenden Geburtenraten hervorbringen wie die Steigerung des Wohlstands und die Emanzipation von Frauen.

In der zweiten Auflage seiner mahnenden Schrift „Erdpolitik - Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt“ hat Ernst Ulrich von Weizsäcker schon 1990 gefordert: „Der Zustand der Erde verlangt gebieterisch globales Denken“. Er endet mit dem Bekenntnis: „Die Erde verdient es, dass wir sie als unsere Heimat ansehen. Die Heimat, das wissen alle Kulturen, zerstört man nicht“ (von Weizsäcker 1990, S. 272). Gleichzeitig hat er einschränkend konstatiert, dass „unsere Politik noch größtenteils national organisiert ist“. Die Menschheit steht auf dem Gebiet der Umwelt- und Friedens-Politik vor denselben Aufgaben wie auf dem Gebiet der Gewaltanwendung: Viele Staaten haben es geschafft, die Durchsetzung von Interessen durch Anwendung von Gewalt durch das Prinzip des „Gewaltanwendungsmonopols des Staates“ und Schaffung justizförmiger Verfahren für ihren eigenen Bereich zu zähmen. Für den Bereich internationaler Beziehungen ist diese Aufgabe noch zu lösen. Der Weltsicherheitsrat der UNO ist durch das Veto-Recht seiner fünf ständigen Mitglieder leider meistens „gelähmt“.

Nationalstaaten im Krisenmodus

Die globalen Probleme setzen Natur und Gesellschaft unter Stress und schaffen verschiedene Krankheits-symptome des Planeten. Die Systeme antworten höchst unterschiedlich auf die dadurch hervorgerufenen Situationen. Einige Reaktionen können die Probleme verschlimmern: Sicherheitsrisiken, Instabilität, Fragilität, Aggressivität, Gewalt, Konflikte, Flucht. Andere Reaktionen tragen zur Problemlösung bei: Risikovermeidung und Anpassung, Friedenssicherung, Konfliktlösung und Kooperation, Schaffung von Sicherheit, Solidarität und Resilienz, Transformation zur Nachhaltigkeit. Beide Reaktionstypen konkurrieren miteinander und sind in ihren Folgen höchst unterschiedlich. In bestimmten Situationen können Kipp-Punkte überschritten sowie Kettenreaktionen und Ereigniskaskaden ausgelöst werden, die weitere Probleme, aber auch Lösungen anstoßen können (Scheffran 2016).

Wenn jeder nur an sich selbst denkt, werden kaum gemeinsame Lösungen möglich sein. Das gilt für Unternehmen, die in wirtschaftlicher Konkurrenz zueinander um Märkte stehen, Individuen, die ihren Eigennutz auf Kosten der Gemeinschaft maximieren, Religionen, die einen Alleinvertragsanspruch verfolgen oder Nationalstaaten, die dominieren wollen. Dafür gibt es in der Geschichte allzu viele negative Beispiele.

Im Mai 1945 musste die Weltöffentlichkeit feststellen, in welches Chaos unsere Erde durch den übersteigerten Nationalismus des Dritten Reichs gestürzt wurde. Damals fand das Prinzip der Zusammenarbeit der Staaten große Zustimmung – es wurde die Charta der Vereinten Nationen am 26.06.1945 verabschiedet und am gleichen Tag das Statut des Internationalen Gerichtshofs. Und am 10.12.1948 wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen, die zu Beginn ihrer Präambel die „angeborene Würde ... aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen“ anerkennt. Hierzu hat Karl Kraus schon 1933 in seiner zunächst nicht veröffentlichten „Dritten Walpurgisnacht“ festgestellt, dass der Nationalismus (also die Inanspruchnahme eines Vorrangs des eigenen Staates) nicht mit der Würde eines jeden Menschen vereinbar ist.

Die in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts zu selbständigen Staaten gewordenen früheren Kolonialgebiete haben sich in den meisten Fragen von den früheren Kolonialstaaten abgegrenzt – nicht aber bei der Begründung ihrer „nationalen Interessen“. Und heute – dreißig Jahre nach Beendigung des Kalten Krieges – ist es vielen Staaten wieder selbstverständlich geworden, den Interessen des eigenen Staates einen starken Vorrang einzuräumen vor den unabweisbaren Notwendigkeiten einer internationalen Zusammenarbeit mit dem Ziel, die zuvor benannten für eine überlebensfähige Erde dringenden Probleme zu lösen.

Den Bemühungen zur Schaffung von rechtsstaatlichen Demokratien mit gegenseitiger Kontrolle der drei Staatsgewalten Legislative, Exekutive und Judikative und einem „Gewalt-Anwendungsmonopol“ des Staates ist es gelungen, die Anwendung von Gewalt unter den eigenen Staatsangehörigen „einzuhengen“. Im Bereich des Umgangs der verschiedenen Staaten miteinander ist diese Aufgabe – trotz Gründung und entsprechender Bemühungen der UNO – noch ungelöst. Im Bereich der Europäischen Union hat es seit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Jahre 1957 manchen Fortschritt gegeben, und weil sie einige Souveränitätsrechte an die Organe der EU abgetreten haben, erfreuten sich deren Mitgliedsstaaten eines kaum geahnten wirtschaftlichen und sozialen Aufschwungs. Dieser wird allerdings durch den BREXIT und die „own-country-first“ Überlegungen mancher Mitgliedsstaaten derzeit in Mitleidenschaft gezogen. Die derzeitigen Probleme bei der Aufstellung des Unionsetats bis zum Jahre 2026 lassen vermuten, dass es manchem der Repräsentanten der verbleibenden Mitgliedsstaaten mehr darum geht, möglichst viel für ihr Land zu erhalten, und dass sie sich nicht im Interesse der Gemeinschaft an der Aufbringung der erforderlichen Mittel beteiligen bzw. einen Plan für deren Verwendung aufstellen. Gleiches gilt für die Probleme darüber, wieviel Darlehen und wieviel nicht rückzahlbare Leistungen der Corona-Fonds der EU enthalten soll.

Die USA haben schon seit mehr als dreißig Jahren kein internationales Abkommen ratifiziert, welches

ihnen einforderbare Pflichten auferlegt. Die Erkenntnis aus der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, dass alle Menschen gleich und von ihrem Schöpfer mit unveräußerlichen Rechten versehen sind, gilt augenscheinlich nicht für Menschen außerhalb der USA, deren Rechte souverän missachtet werden. Das zeigen zahlreiche Tötungen von Gegnern im „war on terror“, nicht nur von bekannten Fällen wie Osama Bin Laden unter Präsident Obama oder dem iranischen Generals Suleimani durch Präsident Trump, sondern auch vieler anderer, ob nun absichtlich oder als Kollateralschaden.

In den vergangenen fünf Jahren hat der Nationalismus weltweit zugenommen, teilweise als Reaktion auf die Globalisierung und damit verbundene Krisenerscheinungen, die von vielen Menschen als Bedrohung für den Nationalstaat interpretiert werden. Manche sehen in der Nation eine Möglichkeit, sich vor dem Chaos der Welt zu schützen, selbst wenn dieses Chaos durch die Nationalstaaten hervorgerufen wird. Wenn die Bewohnbarkeit der Erde weiter belastet wird, könnte dies die Tendenz zum Nationalismus noch verstärken. Die Nationalstaaten werden so noch mehr zu Rivalen, die die Erde zum Kampfplatz machen. Dies zeigt die im vergangenen Jahrzehnt weltweit gestiegene Zahl gewalttätiger Konflikte.

Viele Nationalstaaten bleiben in ihrem veralteten Rivalitätsmodus gefangen und kümmern sich weiter vorrangig um nationale Eigeninteressen. Sie sind eher bereit, dafür die Welt aufs Spiel zu setzen, als ihr Verhalten zu ändern. Angesichts der Machtrivalitäten werden bessere Wirtschafts-, Sozial-, Energie- oder Techniksysteme alleine den Kampfplatz Erde nicht in einen überlebensfähigen Lebensraum verwandeln. Bislang fehlt eine integrierte Strategie zur Verbesserung der Bewohnbarkeit der Erde, die über eine Ansammlung einzelner Lösungsvorschläge hinausgeht. Und es fehlt das Bewusstsein vieler Repräsentanten der Nationalstaaten, dass internationale Zusammenarbeit unabdingbar ist zur Lösung der Probleme unserer Erde.

Dabei gibt es durchaus Alternativen, dem Gefangen-Dilemma und der Tragödie der Allmende zu entkommen. Dazu braucht es ein neues Denken, das Michail Gorbatschow schon in den 1980er Jahren gefordert hat. Seine Versuche scheiterten, den Westen davon zu überzeugen. Dieser nahm den Zerfall des Ostblocks dankbar an, ohne sein Denken oder Verhalten zu ändern. Eine Konsequenz fortgesetzter Machtpolitiken und der Globalisierung ist, dass heute nicht nur die liberale Weltordnung zur Disposition steht, sondern der ganze Planet. Dies hat Gorbatschow nicht daran gehindert, in seinem Buch „Manifest für die Erde“ seine Ideen auf den gesamten Planeten auszuweiten (Gorbatschow 2003).

Notwendigkeit einer tragfähigen Welt

Die Notwendigkeit einer fundamentalen Wende ergibt sich daraus, dass Staaten und Völker nunmehr weniger in einem militärisch und ökonomisch gewinnbaren Wettkampf gegeneinanderstehen, sondern vielmehr in einem ökologischen Überlebenskampf miteinander, den sie nur noch gemeinsam gewinnen können oder verlieren werden. Auch wenn alle Menschen im einem Boot sitzen, das zu Kentern droht, gibt es Unterschiede zwischen den Erdenbewohnern, wodurch einige früher, andere später untergehen werden. Die Coronakrise macht die missliche Lage wie in einem Brennglas deutlich und

treibt auf nahezu allen Ebenen menschlichen Handelns Lernprozesse voran, die auch im Kampf gegen viele andere Krisen im Anthropozän genutzt werden können, um die notwendige „zweite Aufklärung“ zu fördern (Mittelstaedt 2020; Scheffran 2020; von Weizsäcker 2017, S. 124 ff).

Die Bewohnbarkeit unserer Erde wird weniger durch die wachsende Bevölkerung reduziert, sondern vielmehr wegen derzeitiger Krisenerscheinungen und der Kämpfe um Ressourcen und Macht. Die zentralen politischen Akteure sind die Nationalstaaten, die sich vorrangig um nationale Eigeninteressen kümmern, jedoch kaum für das Leben und Überleben auf unserem Planeten. Zunehmend werden nationale Egoismen zur globalen Bedrohung für die Menschheit. Die Sicherheitspolitiken der Staaten sind bislang nicht auf die Herausforderungen der vernetzten Welt eingestellt. Mit dem veralteten Rivalitätsmodus treibt die Menschheit ihre soziale und ökologische Selbstzerstörung täglich voran. Sie bleibt gefangen in der Identifizierung und Abwehr von externen Bedrohungen ihrer nationalen Sicherheit, und ist nicht eingestellt auf transnationale Risiken, die nicht durch einen lokalisierbaren „Feind“ verursacht werden, der durch einen Militärschlag ausgeschaltet werden kann, sondern teilweise selbst verursacht sind. Gegen wen oder was sollen sich da militärische Mittel richten?

Die Bewohnbarkeit der Erde müsste zum übergeordneten und gemeinsamen Ziel der Völkergemeinschaft und einer Welt-Innenpolitik werden, der die Existenz der Menschheit wichtiger ist als die bisherigen Rivalitäten der Nationalstaaten. In unserer vollen Welt (von Weizsäcker 2017, S. 110 ff.) ist alles mit allem eng verknüpft. Wohlergehen und Sicherheit der Bürger jedes Staates hängen mit denen aller Menschen der Erde zusammen. Die innere Souveränität eines Staates ist von den Fußabdrücken aller Menschen betroffen (heutige und zukünftige Generationen) und schränkt eben diese Souveränität der Nationalstaaten ein. Bricht ein Staat zusammen, produziert ein Mensch CO₂, verbreitet sich ein infektiöser Virus oder werden globale Kommunikationsnetze ausgebaut, spüren es alle. „Die Menschen und Gesellschaften werden täglich stärker zur Menschheit wie zu einem Superorganismus integriert, und machen nationale Souveränität zu einem historischen Relikt auf der globalen Bühne.“ (Knies 2017)

Würden Nationalstaaten die Sicherung der Bewohnbarkeit der Erde zum obersten nationalen und globalen Leitziel einer Welt-Innenpolitik machen, könnte der Aufbau einer „Viable World“ in wenigen Jahrzehnten möglich sein. Bei einem klügeren Umgang mit der Erde könnte die Menschheit deren Bewohnbarkeit verbessern. Doch dafür bedarf es einer gemeinsamen Strategie für eine lebensfähige und lebenswerte Welt, die übergeordnetes Ziel einer Welt-Innenpolitik ist. Wenn sie beginnt zusammen zu leben – zu cohabitieren – mit sich selbst, mit künftigen Generationen und den natürlichen Lebensgrundlagen, und wenn sie aufhört gegen einander Kriege zu führen, kann sie in ihrem gemeinsamen Haus (Habitat) Erde überleben. Dazu müsste die Architektur der Vereinten Nationen für den Schutz und die Entwicklung globaler Gemeingüter bis 2030 weiterentwickelt werden. Auch wenn dies einleuchtend klingt,

erscheint es derzeit angesichts vieler internationaler Streitigkeiten illusorisch. Eine Transformation ist nur dann möglich, wenn die National-Staaten zügig auf ihr antagonistisches Verhalten verzichten und die Zusammenarbeit verstärken, was in Teilbereichen des internationalen Systems immerhin schon gelegentlich geschieht.

Bausteine einer Viable World

Um die genannten globalen Risiken der antagonistischen Welt überwinden oder Mensch und Natur zumindest dagegen besser immunisieren zu können (im Sinne eines von der Menschheit kollektiv errichteten Schutzwalls), sind innovative Ideen und praktikable Konzepte erforderlich, wie mit den gegenwärtig schon vorhandenen Ressourcen und Technologien die Staaten im Zusammenspiel die meisten der globalen von den Menschen verursachten Krisenentwicklungen unter Kontrolle bringen und die Bewohnbarkeit der Erde für mehr als 10 Milliarden Menschen und die Tier- und Pflanzenwelt sichern könnten. Im von Gerhard Knies entwickelten Cohabitationa-Modell werden vier wesentliche Bausteine einer lebensfähigen und lebenswerten Welt (Viable World) formuliert: erneuerbare Energien für alle, ökologischer Fußabdruck innerhalb ökologischer Grenzen, sauberer Wohlstand für alle und Cohabitation der Nationalstaaten (Knies 2017).

Erneuerbare Energien: Der bisherige Kampf um fossile Ressourcen muss durch technische und wirtschaftliche Kooperation abgelöst werden. Der Zustrom durch erneuerbare Energiequellen übertrifft den Energieverbrauch der Menschheit bei weitem, selbst bei einer weiteren Steigerung. Sie produzieren weder klimaschädliche Abgase oder gefährlichen Restmüll, noch Konflikte um endliche Ressourcen, wenn ihr Ausbau nachhaltig und partizipativ gestaltet wird. Mit wachsendem Verbrauch sinken die Kosten für sauberen Strom und werden konkurrenzfähig zu Kohle, Öl, Gas und Kernenergie, ohne deren Umweltschäden einpreisen zu müssen. Eine besondere Bedeutung hat künftig eine intensive Nutzung der Sonnenenergie. Sobald die erforderliche Infrastruktur vorhanden ist, wird es auch in ärmeren Ländern möglich sein, eine kostengünstige Solarenergie anzubieten. Diese Idee steckt hinter dem DESERTEC-Konzept, das in Wüstengebieten der Erde großflächig Anlagen für konzentrierte Solarenergie aufbauen und über Kontinente hinweg durch Stromnetze verbinden will, insbesondere im Mittelmeerraum zwischen Nordafrika, Nahost und Europa.

Ökologischer Fußabdruck innerhalb ökologischer Grenzen: Ein ökologischer Fußabdruck innerhalb planetarischer Grenzen ist erreichbar durch vorhandene saubere Techniken und unbegrenzte erneuerbare Energiequellen – auch für mehr als 10 Milliarden Menschen bei einem Wohlstand auf hohem Niveau. Unter diesen Bedingungen können auch in den ärmeren Ländern alle umweltpolitisch erforderlichen Standards eingehalten werden, was der ökologischen Übernutzung der Erde Grenzen setzt und den Schutz von Ökosystem-Dienstleistungen erlaubt.

Wohlstand für alle: Angesichts des Reichtums der Erde und bei ausreichender Energieversorgung ist Wohlstand für alle technisch, ökonomisch und logistisch

möglich, wenn die Staaten global zusammenarbeiten und Externalisierung von Schäden nicht dulden. Er würde mehr globale Gerechtigkeit, Ende von Umweltvergiftung und Übernutzung der Erde, und Ende von exzessivem Bevölkerungswachstum zur Folge haben. Dazu ist die Zusammenarbeit aller UNO-Staaten erforderlich, um hinreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, damit alle Menschen (insbesondere die in den bisher benachteiligten Staaten des globalen Südens) an den Ressourcen der Erde beteiligt sind und ihre grundlegenden Lebensbedürfnisse befriedigen können.

Cohabitation der Staaten: Ungeachtet der Machtkämpfe zwischen Großmächten und bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen einigen verfeindeten Staaten, die zur internationalen Destabilisierung führen (wie in Syrien und Libyen), leben die meisten Staaten friedlich mit ihren Nachbarn zusammen. Dies gilt besonders für die Staaten der Europäischen Union, die von geregelter Kooperation profitieren. Künftig muss es gelingen, im Rahmen einer Cohabitation auch eine umfassende Kooperation und einen Ausgleich zwischen reichen und armen Staaten herbeizuführen und jede Gewaltanwendung bei der Durchsetzung der Interessen einzelner Staaten auszuschließen.

Die Idee einer Welt-Innenpolitik

Als Vorbild für eine globale Cohabitation dient das Konzept der Welt-Innenpolitik, das von dem Physiker, Philosophen und Friedensforscher Carl Friedrich von Weizsäcker eingeführt wurde, u.a. um einen globalen Atomkrieg zu vermeiden. Erwähnt wurde es im Oktober 1963 in seiner Dankesrede für die Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels. Er sprach damals davon, dass der Weltfriede nicht das „Goldene Zeitalter“ sei, sondern dass sich sein Herannahen in der allmählichen Verwandlung der Außenpolitik in Welt-Innenpolitik ausdrücke (von Weizsäcker o.J., S.127). Zu diesem Begriff haben Klaudius Gansczyk und Ulrich Bartosch im Mai 2007 in Tutzing eine Tagung veranstaltet, die dokumentiert ist in dem Buch „Weltinnenpolitik für das 21. Jahrhundert“ (Bartosch/Gansczyk 2009). Zu Ehren des 100. Geburtstages von Carl Friedrich von Weizsäcker haben Kieler Studenten am 27. und 28. Juni 2012 eine Veranstaltung durchgeführt, die Klaudius Gansczyk unter dem Titel: „Engagiert euch: Weltinnenpolitik für das 21. Jahrhundert“ dokumentiert hat.

Ulrich Beck hat am Ende seiner 2010 erschienenen Schrift „Nachrichten aus der Weltinnenpolitik“ festgestellt, dass die alten nationalstaatlichen Institutionen nicht mehr funktionieren und neue – wie etwa G 7 oder 8 bzw. G 20 – noch nicht formell implementiert und daher noch unverbindlich seien (Beck 2010, S. 133). Er beklagt, dass es mittlerweile zu den Binsenweisheiten zähle, dass „angesichts der Globalisierung von Kapital und Risiken nationale Maßnahmen zum Scheitern verteilt sind. Ein ‚Weltstaat‘ existiert nicht, und keine internationale Organisation ist in der Lage, Risiken und Kapitalströme auf globaler Ebene so effizient zu regulieren wie der Wohlfahrtsstaat in der nationalstaatlichen Epoche nach dem Zweiten Weltkrieg. Weltinnenpolitik meint dementsprechend das Ringen um komplexere Machtinstrumente jenseits des Nationalstaats in Anbetracht weltpolitischer (Inter-) Dependenz“ (Beck 2010, S.133). In der heutigen vollen und übernutzten Welt, unter der Drohung von Krisen und Kriegen, braucht die

Menschheit eine Welt-Innenpolitik, um die Bewohnbarkeit der Erde zu sichern. Die Existenzsicherung der Menschheit ist das übergeordnete, gemeinsame Ziel der Völkergemeinschaft, das wichtiger ist als Rivalitäten.

Cohabitation: Zusammenleben im gemeinsamen Haus der Erde

Während im Zeitalter fossiler Energien Staaten Rivalen um begrenzte Energieressourcen waren, sind im Anthropozän Wissen und Internationalität wichtige Ressourcen der Menschheit. Die Hauptdefizite der gegenwärtigen Welt und die Risiken für ihre Weiterentwicklung sind weniger die Knappheit einiger Ressourcen oder Umfang und Lebensweise der Menschheit, sondern die fehlende Entschlossenheit und Zuständigkeit der Staaten und Regierungen, für ein umfassendes Zusammenleben zum gegenseitigen Nutzen zu sorgen. Auf eine Klimapolitik zu vertrauen, die auf Versuch und Irrtum setzt, dafür ist das zulässige Temperatur-Fenster auf der Erde zu klein. Für einen gewaltsamen Schlagabtausch der Großmächte ist die volle Welt zu zerbrechlich, erst recht, wenn es um Atomwaffen geht. Seit einigen Jahrzehnten sind die Nationalstaaten keine unabhängigen Einheiten mehr, Sicherheit lässt sich am besten kollektiv und kooperativ in einer stabilen Welt erreichen, was in Konzepten der kollektiven und kooperativen Sicherheit schon in den 1980er Jahren vorgedacht wurde. Von der traditionellen Rivalitätshaltung zwischen Nationen sollte die Menschheit sich zu einer globalen, gemeinschaftlichen Denkweise entwickeln.

Nach Ansicht von Gerhard Knies könnte das Miteinander der Staaten ähnlich organisiert werden wie eine Gemeinschaft der Wohnungs-Eigentümer: Jeder Staat hat sein „Sondereigentum“ und verwaltet mit allen anderen Staaten das „Gemeinschaftseigentum“ so, dass kein Nationalstaat Maßnahmen ergreift, welche die Erde als Ganzes oder einzelne andere Staaten schädigen könnten. Dafür wurde der Begriff Cohabitation entwickelt, um das gemeinsame Zusammenleben, -wohnen und -arbeiten im Haus der Erde zu ermöglichen. Wenn die Staaten global zusammenarbeiten, haben sie die Möglichkeit, Schaden von der Menschheit insgesamt abzuwenden, um ihre BürgerInnen zu schützen. Idealerweise arbeitet die Menschheit als Team (Humaniteam) zusammen, wodurch jeder Staat mehr nationale Vorteile von globalem Wohlergehen und Sicherheit hat als Nachteile. Das gewaltsame Durchsetzen nationaler Interessen zu Lasten anderer Staaten oder Generationen (Antagonia-Modus) funktioniert nicht mehr, im Unterschied zu einem gedeihlichen Zusammenwohnen (Cohabitation-Modus) im Gemeinsamen Haus der Erde.

Der Cohabitation-Modus bietet für alle Staaten und Völker einen vorteilhaften Weg in die Zukunft, um von der punktuellen Zusammenarbeit zur Cohabitation überzugehen und die Erde zu einem sicheren Lebensraum für alle zu machen. Nationalstaaten bekommen dabei eine veränderte internationale Rolle; sie werden zu wesentlichen Organisatoren des globalen Zusammenspiels im Konzert der Mächte und leisten einen Beitrag zum Wohl der Menschheit anstelle Kämpfer für nationale Vorteile zu sein. Ein globales Cohabitationsmodell wäre für Nationalstaaten eine Art Betriebssystem, das auf die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Bewohnbarkeit der Erde zielt. Die Frage ist, wie der Sys-

tem-Übergang der Staaten vom Antagonia- zum Cohabitation-Modus organisiert werden kann, um die Erde zu einem sicheren Lebensraum für alle machen. Verschiedene staatliche und zivilgesellschaftliche Elemente wurden in dem COHAB-Konzept von Gerhard Knies vorgeschlagen, um den Aufbau einer lebensfähigen und lebenswerten Welt für alle Milliarden Menschen zu entwickeln.

1. Intergovernmental Panel on Habitability of Planet Earth: Ein solches Weltforum für die Bewohnbarkeit der Erde wäre analog zum Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) oder zur Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES) einzurichten, um die notwendigen wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Arbeiten für die Bewohnbarkeit der Erde zu organisieren. Dies dient auch zur Unterstützung einer entsprechenden völkerrechtlichen Vereinbarung für die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung einer guten Bewohnbarkeit unseres Planeten, vergleichbar der Klimarahmenkonvention oder der Biodiversitätskonvention, und wäre komplementär zu anderen erstrebenswerten Zielen für die Menschheit, etwa den 17 Sustainable Development Goals der UNO. Dabei kann auch auf die Studien zur Habitability of Planet Earth Bezug genommen werden. Die erforderliche Welt-Innenpolitik für die Bewohnbarkeit der Erde und gegen die Selbstzerstörung der Menschheit könnte im Stile einer Soft Global Governance begonnen werden, also durch eine wachsende Allianz von willigen Staaten, die sich nicht von Opponenten bremsen lässt. Elemente von hard governance könnten und sollten in Form von bindenden Verträgen von den „willigen Staaten“ entwickelt werden.

2. Nationale Ministerien für globales Zusammenleben: Vorgeschlagen wird, dass alle Staaten Cohabitations-Ministerien für Zusammenleben, Wohlergehen und Sicherheit der gesamten Menschheit einrichten, die damit zu Zielen nationaler Politik werden, eigenes Wohlergehen zu sichern und Schaden von der eigenen Bevölkerung zu nehmen. Es geht dabei nicht um die Gefährdung der Identität, Souveränität und Sicherheit eines Staates, weil sie auch seinen BürgerInnen nützen soll. Cohabitationsminister ergänzen nationale Außen-, Verteidigungs-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik in eine Welt-Innenpolitik zur dauerhaften Bewohnbarkeit der Erde und entschärfen gefährliche Komponenten und Spannungen. Mithilfe eines von WissenschaftlerInnen zu erarbeitenden „Weißbuchs“ werden weltweit kritische Entwicklungen verfolgt, um nationale Politik zur Problemlösung zu gestalten.

3. Internationale Konferenzen des Zusammenlebens: Ausgehend vom Vorbild der Weltklimakonferenzen werden Konferenzen durchgeführt, um das Zusammenleben zu einem breiten Spektrum miteinander verbundener Themen wie Klima, Wasser, Nahrung, Wohlstand, Bevölkerungswachstum und anderer Sorgen um die Bewohnbarkeit der Erde zu organisieren. Cohabitationsminister einzelner Nationen erkunden gemeinsam, wie sie ihre Ideen, ihre Politik und ihre nationalen Fähigkeiten kombinieren können, um das Zusammenleben mit dem Ziel einer lebensfähigen Welt zu organisieren, und Regeln und Ziele für das Zusammenleben und die Einbeziehung weiterer Nationen zu stärken.

4: Nationalstaaten werden von Konkurrenten zu Partnern: Ein wachsender Teil staatlicher Militärausgaben wird auf Projekte verteilt, die ökologische Schäden reduzieren und die menschliche Entwicklung vorantreiben. Militär wird Schritt für Schritt durch ziviles Personal und Infrastrukturen für eine lebensfähige Welt ersetzt. Die Institution Krieg sollte überflüssig gemacht werden durch alternative, von allen beteiligten Staaten zu entwickelnde Konfliktlösungen und Vorsorgepolitiken.

5: Cohabitations-basierte globale Governance: Diese könnte die Fähigkeit der Menschheit verbessern, alte und neue globale Probleme in organisierter und konstruktiver Weise zu lösen. Immer mehr Nationen sollten sich einer Weltallianz für Cohabitation anschließen, die die Menschheit als Einheit sieht und sich verpflichtet, eine lebensfähige Welt aufzubauen, den militärischen Sektor zu reduzieren und die gewonnene Kapazität für Unterstützungsteams einer lebensfähigen Menschheit auf der Erde zu nutzen. Der Fokus liegt auf Soft Global Governance durch eine wachsende Allianz williger Staaten, die sich nicht von Opponenten bremsen lässt. Ergänzungen durch Hard Governance sollten möglich sein, z.B. bindende Verträge.

Rahmenbedingungen einer Transformation

Die Realisierung des Viable World Modells und insbesondere des COHAB-Konzepts zeigt gangbare Wege, wie souveräne Staaten für die gesamte Menschheit den erforderlichen politischen Willen, die erforderlichen Kompetenzen und die Global Governance Kapazitäten aufbauen könnten. Dabei bewahren sie nicht nur ihre nationale Souveränität, sondern gewinnen sogar für globale Aufgaben ein Stück verloren gegangener zurück. Es geht hierbei nicht um eine Weltregierung, sondern um die Koordinierung des Zusammenlebens und dafür erforderliche Regeln sowie um Kodizes im Kontext der UN-Charta unter den Bedingungen des Anthropozäns. Auch wenn globale Fragen durch globale Allianzen entschieden werden, müssen die Bedürfnisse und Prioritäten der Menschen auf regionaler, nationaler oder niedrigerer Ebene beachtet werden. Zusammen gehören demokratische Prozesse auf globaler Ebene (ggf. auch durch eine parlamentarische Vertretung) und Subsidiarität in der Organisation und Regulierung lokaler Angelegenheiten, inklusive höherer Ebenen wie Provinzen, Länder und geografische Regionen.

Für die Realisierung bleiben noch viele Fragen ungeklärt. Ob das COHAB-Modell eine unerreichbare Vision bleibt, hängt auch davon ab, wie es sich in das System der Vereinten Nationen integrieren lässt und wie mit Nationen umzugehen ist, die das globale Anliegen sabotieren. Beeinflusst wird die Realisierung durch die Unterstützerbasis und wie empfänglich die Welt dafür ist. Seit der Viable World Verein Ende 2014 gegründet wurde, hat die Welt sich zunehmend in einen Krisenmodus begeben, wodurch die Aufnahmebereitschaft für konstruktive Lösungsansätze verschlechtert wurde. Entsprechend blieb die Zahl der Mitglieder klein, so dass das Modell nicht umfänglich weiterentwickelt werden konnte. Das geplante Weißbuch konnte deshalb bisher leider nicht formuliert werden. Tatsächlich würde es zahlreiche Unterstützer brauchen, um das Modell konkret auszuarbeiten, insbesondere die Ministerien für Weltpolitik. Die Bereitschaft deutscher Politiker, sich mit derartigen Ideen zu befassen, war bislang gering.

Meist wird auf schon bestehende Aktivitäten in Ministerien oder in den Vereinten Nationen verwiesen.

Auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit zur Wahrung einer überlebensfähigen Welt wird also noch manche Überzeugungsarbeit zu leisten sein. Die Aussage von Max Weber (in „Politik als Beruf“ – Rede vor Münchener Studenten im Jahre 1919) wonach „Politik“ ein „starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“ bedeute, wurde von ihm selbst dahin ergänzt, dass „alle geschichtliche Erfahrung“ bestätige, dass man „das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre“ (Weber 1959, S. 267).

Immerhin wurde der Kohabitationsvorschlag von Gerhard Knies durch Ernst Ulrich von Weizsäcker aufgegriffen und in seinem mit Anders Wijkman verfassten Bericht an den Club of Rome mit dem Titel „Wir sind dran – Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen“ unter Ziff 3.16.3 vorgestellt, unter der Überschrift „COHAB-Zusammenarbeitsmodell der Nationalstaaten“ (von Weizsäcker 2017, S. 354 ff.). In diesem Buch finden sich viele Anregungen und Anknüpfungspunkte für eine Viable World, mit vielen positiven und negativen Beispielen über den kritischen Zustand der Welt und Wege zu seiner nachhaltigen Transformation.

So heißt es in dem Bericht, dass im Angesicht der grausigen Gefahren es nicht akzeptabel ist, dass Selbstsucht und Gier weiterhin positive soziale Bewertungen als angebliche Treiber des Fortschritts genießen. Fortschritt könne sehr wohl auch in einer Zivilisation gedeihen, die Solidarität, Demut und Respekt für Mutter Erde und künftige Generationen verlangt. Zu den Werten der Gemeinwohlökonomie gehören Menschenwürde, Solidarität, Ökologische Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Demokratie (Transparenz und Partizipation). Eine neue Erzählung würde erläutern, wie man innerhalb ökologischer Grenzen ein blühendes Leben und universelles Wohlbefinden erreicht, das die Grundbedürfnisse aller Menschen erfüllt, eine ausreichende Gleichheit gewährleistet, um die soziale Stabilität aufrechtzuerhalten und die Grundlage für echte Sicherheit schafft.

In eine ähnliche Richtung argumentiert der Papst Franziskus 2015 in der Enzyklika: "Laudato si'. Über die Sorge für das gemeinsame Haus", die explizit Sicherheit und Solidarität im gemeinsamen Haus der Erde thematisiert. Einige Zitate sind hier bemerkenswert:

105. Man neigt zu der Ansicht, „jede Zunahme an Macht sei einfachhin »Fortschritt«; Erhöhung von Sicherheit, Nutzen, Wohlfahrt, Lebenskraft, Wertsättigung“, als gingen die Wirklichkeit, das Gute und die Wahrheit spontan aus der technologischen und wirtschaftlichen Macht selbst hervor...

157. Schließlich erfordert das Gemeinwohl den sozialen Frieden, d.h. die Stabilität und die Sicherheit einer bestimmten Ordnung, die ohne eine spezielle Aufmerksamkeit gegenüber der distributiven Gerechtigkeit nicht zu verwirklichen ist, denn die Verletzung dieser Gerechtigkeit erzeugt immer Gewalt.

158. In der gegenwärtigen Situation der globalen Gesellschaft, in der es so viel soziale Ungerechtigkeit gibt und immer mehr Menschen ausgeschlossen und ihrer grundlegenden Menschenrechte beraubt werden, verwandelt sich das Prinzip des Gemeinwohls als logische und unvermeidliche Konsequenz unmittelbar in einen Appell zur Solidarität und in eine vorrangige Option für die Ärmsten.

159. Der Begriff des Gemeinwohls bezieht auch die zukünftigen Generationen mit ein. Die internationalen Wirtschaftskrisen haben in aller Härte die schädlichen Auswirkungen gezeigt, welche die Verknüpfung eines gemeinsamen Schicksals mit sich bringt, aus dem jene, die nach uns kommen, nicht ausgeschlossen werden können. Ohne eine Solidarität zwischen den Generationen kann von nachhaltiger Entwicklung keine Rede mehr sein.

Dazu passt auch die am 18. Juli 2020 geäußerte Kritik des UNO-Generalsekretärs Antonio Guterres an der heutigen Weltordnung und die Forderung nach einem neuen globalen Abkommen, um Macht, Reichtum und Chancen gerechter zu verteilen. Er kritisierte, dass sich die Nationen bislang geweigert hätten, über Reformen internationaler Institutionen nachzudenken. Beim Kampf um die globale Vorherrschaft der Großmächte würden diese bei den größten Herausforderungen und Konflikten der Gegenwart oftmals nicht zu gemeinsamen Lösungen kommen. Solche Aussagen erinnern stark an die den Konzepten von Viable World und Cohabitation zugrundeliegenden Analysen und Vorschläge.

Letztlich werden theoretische Überlegungen und Vorschläge alleine nicht die Welt verändern. Sie müssen von den Menschen angenommen und implementiert werden. Durch die verdienstvollen Aktivitäten der schwedischen Schülerin Greta Thunberg und die erstaunliche Resonanz vieler SchülerInnen in vielen Staaten der Erde ist die Bewältigung des menschengemachten Anstiegs der Temperaturen in das öffentliche Bewusstsein von Öffentlichkeit und Politik in manchen Staaten geraten. In Deutschland streiten die Parteien heute intensiv darum, welche Maßnahmen Aussicht haben, das in Paris vereinbarte Ziel einer notwendigen Reduzierung des CO₂-Ausstoßes zu erreichen. Wie dargelegt, ist aber der Klimawandel nur eines der Problemfelder, welche die Überlebensfähigkeit der Erde beeinträchtigen. Was beim Klimawandel seit den Beschlüssen von Paris offenkundig ist, gilt auch für die anderen Aufgaben: Sie können nur global gelöst werden und erfordern gemeinsame, aufeinander abgestimmte Maßnahmen aller UNO-Staaten, die auch auf der nationalen und lokalen Ebene umgesetzt werden müssen.

Literaturangaben

Bartosch, Ulrich; Ganczyk, Klaudius (Hrsg.) (2009) Weltinnenpolitik für das 21. Jahrhundert. LIT Verlag, Hamburg (3. Auflage).

Beck, Ulrich (2010) Nachrichten aus der Weltinnenpolitik. Suhrkamp, Berlin.

Böll, Heinrich (1976) Brokdorf und Wyhl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.12.1976.

BUND / MISEREOR (Hrsg.) (1996) Zukunftsfähiges Deutschland – Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie GmbH, Birkhäuser Verlag, Basel u.a.

Franziskus, Papst (2015) Laudato si – Enzyklika über die Sorge für das gemeinsame Haus. Hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn.

Ganczyk, Klaudius (Hrsg.) (2015) Engagiert Euch: Weltinnenpolitik für das 21. Jahrhundert. LIT Verlag, Hamburg.

Gorbatschow, Michail (2003) Mein Manifest für die Erde: Jetzt handeln für Frieden, globale Gerechtigkeit und eine ökologische Zukunft. Campus-Verlag.

Grober, Ulrich (2010) Die Entdeckung der Nachhaltigkeit, Kulturgeschichte eines Begriffs, Kunstmann, München.

Guterres, Antonio (2020) Guterres will neue internationale Ordnung. Deutsche Welle, 18.7.2020. <https://www.dw.com/de/guterres-will-neue-internationale-ordnung/a-54228409>.

Knies, Gerhard (2016) Viable World – Konzeptpapier des Viable World Design Networks für ein Modell einer machbaren lebensfähigen Welt für 11 Mrd. Menschen und Eisbären. Unveröffentlichtes Manuskript.

Knies, Gerhard (2017) Cohabitation: vom Kampfplatz zum Lebensraum durch globale Cohabitation der Nationalstaaten. Viable World Design Network, Flyer-Version 2017-07-01.

Kraus, Karl (1933) Die dritte Walpurgisnacht. Wien.

Meadows, Dennis (1972) Die Grenzen des Wachstums – Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. DVA: Stuttgart.

Mittelstaedt, Werner (2020) Anthropozän und Nachhaltigkeit – Denkanstöße zur Klimakrise und für ein zukunftsfähiges Handeln. Peter Lang, Berlin et al.

Scheffran, Jürgen (2016) From a Climate of Complexity to Sustainable Peace: Viability Transformations and Adaptive Governance in the Anthropocene. In: Brauch, Hans Günter; Oswald Spring, Ursula; Grin, John, Scheffran, Jürgen (Hrsg.): Handbook on Sustainability Transition and Sustainable Peace. Cham: Springer, S. 305–347.

Scheffran, Jürgen (2020) Das Anthropozän und seine Grenzen: Überlegungen zu Klimawandel, Nachhaltigkeit und Coronakrise. In: Adloff, Frank; Neckel, Sighard (Hrsg.) (2020) Gesellschaftstheorie im Anthropozän. Campus-Verlag, S. 257-279 (im Druck).

Weber, Max (1959) Politik als Beruf. Rede 1919 vor den Studenten der Universität München. In: Reden, die die Welt bewegten. Stuttgart u.a. (Europäischer Buchklub), S. 255 – 267.

Wackernagel, Mathis; Beyers, Bert (2016) Footprint - Die Welt neu vermessen. CEP Europäische Verlagsanstalt: Hamburg (2. Auflage).

Von Weizsäcker, Carl Friedrich (1963) Bedingungen des Friedens. Dankesrede für die Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels am 13.10.1963. Abgedruckt in: Der bedrohte Friede. Politische Aufsätze 1945-1981, Hanser, München o.J. S. 125-137.

Von Weizsäcker, Ernst Ulrich (1990) Erdpolitik – Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt. Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt (2. Auflage).

Von Weizsäcker, Ernst Ulrich; Wijkman, Anders (2017) Wir sind dran – was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen. Bericht an den Club of Rome, Gütersloher Verlagshaus: Gütersloh.

Wulf, Andrea (2016) Alexander von Humboldt und die Erfindung der Natur. Bertelsmann, München 206.

Autorenangaben

Jürgen Scheffran ist Professor für Geographie und Leiter der Forschungsgruppe Klimawandel und Sicherheit im Klima-Exzellenzcluster und am Centrum für Erdsystemforschung und Nachhaltigkeit der Universität Hamburg. Nach dem Physikstudium arbeitete er in interdisziplinären Forschungsgruppen der Umwelt- und Friedenswissenschaft, in der VDW und weiteren Vereinen.

Eberhard Schürmann ist promovierter Jurist und Rechtsanwalt. Er war von 1985 bis 2012 Vorsitzender des Vorstands der Loki-Schmidt-Stiftung und bis 2019 Aufsichtsratsmitglied der Christoffel-Blinden-Mission. Als Gründungsmitglied des Viable World Design Network e.V. war er seit 2018 Nachfolger von Gerhard Knies als Vorsitzender dieses Vereins.

Digitalisierung und künstliche Intelligenz: Was bringt die Zukunft? Pessimismus, Hoffnung - Skepsis: eine Verlautbarung

von Michael Pleister

Kinder und Kindeskindern werden es vermutlich schwer haben, wenn Leben und Überleben, was die Zukunft anbelangt, ins Blickfeld geraten und Realität werden!

Mit den folgenden, zugegebenermaßen lediglich knappen Darlegungen zu der in der Überschrift gestellten Frage sowie implizit zu dem im Eingangssatz angedeuteten Sachverhalt wird kein dezidiert wissenschaftlicher Diskurs, ein solcher auch nicht in inhaltlich-quantitativer Begrenzung zur Geltung gebracht, wenngleich die Ausführungen, was Sprachgestus und Gegenstandsbezug anbelangt, sich selbstverständlich sachorientiert, dabei aber im Wesentlichen unpräzise darbieten. Es geht um die Präsentation einiger Aspekte und Einsichten, die von dem hier in Rede stehenden Thema implizit vorgegeben werden, es geht um Ausführungen nicht nur in Form einer kleinen, gewissermaßen urteilsfreien Zusammenfassung, sozusagen in der Art eines Konzepts, sondern durchaus entschieden aus der Perspektive von Kritik und Problemorientierung, ggf. auch in provokativer Absicht. Dabei erheben die folgenden Gedanken weder Anspruch auf Originalität noch auf Novität; der kurze Aufsatz könnte aber dazu beitragen, dass gerade kritisch zu wertende Gesichtspunkte im Zusammenhang der Digitalisierung sich noch stärker im Bewusstsein mancher Gesellschaftsmitglieder zur Geltung bringen, soweit ein solches Ansinnen auch mit einer recht kurzen Darbietung wie der vorliegenden und darüber hinaus unter der Bedingung möglich ist, dass hier im Sinne von Literaturbelegen lediglich auf einzelne Online-Artikel zurückgegriffen wird, die im Zeitraum von 2014 bis 2018 erschienen und in ihrem Duktus sehr wohl wegweisend sind. In konziser Darstellung geben die im Folgenden zur Anschauung gebrachten Argumente in etwa Einblick in den derzeitigen Stand, beileibe nicht in den Umfang der kritisch zu führenden Diskussion, was zentrale Aspekte im Kontext des Themas „Auswirkungen digitaler Technologie, in Sonderheit künstlicher Intelligenz auf Mensch und Gesellschaft“ anbelangt.

Vermutlich wird jeder, der sich – gleichgültig, ob bewusst oder auch nur eher intuitiv – als Vertreter einer auf Rationalität und Aufklärung basierenden Wahrnehmung sowie Einschätzung von Gesellschaft und Individuum versteht, von den Möglichkeiten sozialer Veränderungen emanzipatorischen Zuschnitts durchaus weiterhin überzeugt sein, wiewohl besorgniserregende Wandlungen unmissverständlich zur Kenntnis zu nehmen sind, nämlich Umbrüche, die weit in die Zukunft weisen, die von entsprechenden Prozessen in der Vergangenheit, auch von Verwerfungen früherer Zeiten sich fundamental zu unterscheiden einen ernstzunehmenden Eindruck vermitteln: Der Mensch wird zukünftig ebenso befähigt wie auch gewillt sein, sich seiner biologischen „Hülle“ allmählich zu entledigen. Er wird damit Entwicklungen anstoßen, die im Zuge ihrer Eigendynamik – gesteuert durch künstliche Intelligenz – in letzter Konsequenz auch vor der Vernichtung ihres Urhebers, nämlich des Menschen selbst, möglicherweise nicht zurückschrecken. Die Unterdrückung, Malträtierung, Bedrohung, Bekämpfung, im Extremfall Auslöschung des

Menschen, umgangssprachlich als Horrorvision zu bezeichnen, all dies könnte – wie gesagt – von einer künstlichen Intelligenz ausgehen, die dem Homo sapiens im Endeffekt gegenübersteht, die von ihm inauguriert wurde, sich von ihm aber in längerer zeitlicher Dimension mittels eigendynamischer Prozesse emanzipiert und dabei enorme Gefährdungspotentiale entwickelt hat.

Dass sich im Hinblick auf künstliche Intelligenz zumindest tiefgreifende Umbrüche abzeichnen, lässt sich, um nur das folgende Beispiel zu nennen, den entsprechenden Textstellen entnehmen, die in einem von dem österreichischen Philosophen Peter Strasser aufgesetzten Gastkommentar der „Neuen Zürcher Zeitung“ unter der Überschrift „Das autonome Leben in einer freien Gesellschaft könnte dereinst Geschichte sein“ vom 06.01.2018 online nachzulesen sind:

Die rasante Entwicklung digitaler Technologien lässt die alten humanistischen Konzepte von Willensfreiheit, Geist und Selbstfindung immer mehr verblassen.

Bruce Mazlish, damals Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT), publizierte 1993 sein Buch «The Fourth Discontinuity». Zu den drei großen «Kränkungen» – der Mensch ist nicht der Mittelpunkt des Universums, er stammt vom «Affen» ab und wird vom Unbewussten dirigiert – sollte laut Mazlish eine vierte kommen: Die nahe Zukunft werde zeigen, dass wir in die Epoche des Cyborgs hineinwachsen, der unauflösbaren Verschmelzung von Mensch und Maschine. Dabei werde der Computer immer mehr Funktionen des humanen Geistes übernehmen.

(<https://www.nzz.ch/meinung/wenn-wir-an-den-daten-zappeln-die-digitale-welt-frisst-ihre-kinder-id.1332978>, letzter Abruf: 03.01.2020)

Eine weitere Einschätzung, die in etwa auf gleicher Linie liegt, findet sich in dem Artikel „Das Ende der Menschlichkeit“ von Slavoj Žižek in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 23.08.2017:

Wird unser Alltag bald vollständig digitalisiert? Werden unsere Gedanken und Empfindungen in naher Zukunft per Hirnscan für unsere Umgebung lesbar sein? Und kommunizieren wir dann über elektronische Körperimplantate mit unserer Umwelt? Damit ist zweifellos zu rechnen.

(<https://www.nzz.ch/feuilleton/digitalisierung-das-ende-der-menschlichkeit-ld.1312112>, letzter Abruf: 03.01.2020)

Noch unmissverständlicher in der Wortwahl, wenn auch inhaltlich sowie formal eher am Rande von Information und Darlegung, wird auf Kritik an künstlicher Intelligenz (KI) in einem Artikel mit der Überschrift „Wie Google in Zürich Computern das Denken beibringt“ von

Marco Metzler in der „Neuen Zürcher Zeitung am Sonntag“ vom 17.08.2016 hingewiesen:

KI hat prominente Warner hervorgebracht. Der Physiker Stephen Hawking sprach davon, dass sie das Ende der Menschheit einleiten könne. Ähnliche Befürchtungen äußerte Tesla- und SpaceX-Gründer Elon Musk. Er sagte, die Entwicklung von KI gehe derzeit viel schneller voran als erwartet. «Wir werden abgehängt. Der Mensch wird im Vergleich zu Computern auf dem Niveau von Haustieren sein», sagte Musk. Harvard-Philosoph Nick Bostrom mahnt im Buch «Superintelligenz», dass die Menschheit dereinst die Kontrolle über eine übermenschliche KI verlieren könnte. Es brauche einen Abschaltknopf, um zu verhindern, dass aus Science-Fiction eine sich selbst erfüllende Prophezeiung wird.

(<https://nzzas.nzz.ch/wirtschaft/kuenstliche-intelligenz-emmanuel-mogenet-wie-google-in-zuerich-computern-denken-beibringt-ld.145029>, letzter Abruf: 09.01.2020)

Wir vertrauen - vielleicht ein wenig naiv - auf die Humanität, auf die Gegenwehr des Menschen, wir verlassen uns auf die Klugen, vor allem diejenigen, die es gut meinen, oder, um es prinzipieller auszudrücken, auf die Willensleistung des Menschen schlechthin, die Apokalypse, wie sie der eingangs angesprochenen Prophezeiung direkt, sodann den zitierten Textstellen aus dem Internet gewissermaßen perspektivisch innewohnt, zu verhindern. Das heißt, um es noch einmal mit anderen Worten zu formulieren, wir vertrauen, so wäre wohl die relative Gelassenheit eines Großteils der Bevölkerung hinsichtlich der angesprochenen Problematik zu interpretieren, auf den Selbsterhaltungstrieb und den damit verbundenen Willen des Menschen - hier dürften sich die sogenannten Eliten in besonderem Maße angesprochen fühlen - , für alle Zeiten zu unterbinden, dass digitale, letztlich durch künstliche Intelligenz gesteuerte Prozesse in zukünftig weit fortgeschrittener Eigendynamik die Erdbewohner mit diversen Gefährdungen, mit partieller ebenso wie mit globaler Vernichtung bedrohen, die Auslöschung von Menschen, gar der menschlichen Population insgesamt womöglich in endzeitlicher Perspektive auch zu realisieren in der Lage sein werden. Gleichwohl: Die sich dem Negativen, den Gefahren, den Sorgen, den Ängsten des Menschen zuwendenden Gedanken drängen sich zu Recht immer wieder auf, zumal die Entwicklung der Welt Aufmerksamkeit, Umsicht, Sensibilität angesichts durchaus realistischer Gefahren erfordert. Die Zukunft dürfte düster aussehen, denn die Widerstandsfähigkeit des Menschen gegen Entwicklungen, die in der Regel Effektivität, Zeitersparnis, materiellen Gewinn, überhaupt Vorteile vielfacher Art - all dies im Sinne eines „digitalisierten Fortschritts“ - versprechen, ist erfahrungsgemäß schwach ausgebildet. Ein Qualitätszuwachs hier auf spezifisch technologischem Gebiet und damit ein Begriff von Fortschritt, der im allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs noch nicht hinreichend differenziert wahrgenommen und beurteilt wird, vielmehr einseitig konnotiert mit Träumen von Lebenserleichterung, Arbeitsentlastung und Wohlfahrt ins Bewusstsein der Menschen, genauer gesagt der Konsumenten, zumeist über Werbung „katapultiert“ wird, ein

Fortschrittsbegriff, der sich im Kontext der ihn umrandenden Reflexionen und Fachgespräche gegenüber Furcht und Sorgen „kritischer Geister“ bezüglich Zukunftsperspektiven in der Regel als überaus erhaben präsentiert, wenn es einmal ein wenig anthropomorph so ausgedrückt werden darf, ein solcher Fortschritt wird, wenn er keine Einhegung findet, negative Konsequenzen zeitigen. Er wird in „bodenständig-realistischer“ Perspektive, gerade dadurch, dass viele eher einfache berufliche Tätigkeiten eben nicht mehr von Personen, sondern durch digital funktionierende Gerätschaften wahrgenommen werden, mindestens zu grandioser Beschäftigungslosigkeit führen, darüber hinausgehend gesellschaftsstrukturell eine sich total nach außen, vor allem gegenüber dem Menschen abschließende technologiesättigte Systemwelt im Gegensatz zu einer wünschenswerterweise nicht entfremdeten Lebenswelt zur Folge haben. Dabei mögen politische Bewegungen in Richtung Extremismus bedauerlicherweise an Zuspruch gewinnen, soziale wie politische Verwerfungen und Turbulenzen, die ggf. aus Ohnmachtsgefühlen des Einzelnen und seiner Einflusslosigkeit aufgrund vielfacher Beherrschung menschlicher Arbeits- und Wirkungsfelder durch weitgehend undurchschaubare Systemmechanismen auf digitaler Basis resultieren, Unwägbarkeiten und Beschwerden - wie erwähnt - mögen bekanntermaßen überhaupt längerfristige Belastungen der menschlichen Gesellschaft darstellen. Der derzeit gelegentlich von Schlichtheit geprägte Diskurs zur Digitalisierung „auf der ganzen Linie“, ein Diskurs, der in der Öffentlichkeit, gerade in politischen Verlautbarungen, keinesfalls besonders explizit kritische Aspekte zum Tragen kommen lässt, da dies mit den Vorstellungen und Interessen mancher Eliten und Herrschaftsträger kaum zu vereinbaren wäre, auch mit Systemzwängen im Zusammenhang steht, trägt zu der hier skizzierten, überaus skeptisch gesehenen Entwicklung, die in der künstlichen Intelligenz Weg und Ziel menschlichen Daseins gleichermaßen erkennt, in erheblichem Maße bei. Letztlich geht es, wie sich beobachten lässt, um einen Fortschritt, der den Menschen schon jetzt mehr oder weniger einer Umwelt ausliefert, die z.T. durch anonymisierte Austauschbeziehungen gekennzeichnet ist, in der persönliche Kontakte von Mensch zu Mensch reduziert werden; es geht um einen Fortschritt, der sich in der Genese seines Spätstadiums als entsinnlicht, geradezu entmenschlicht entpuppt und dessen Entfremdungspotential, das in der industriellen Welt schon ein hohes Maß an Wirksamkeit erreicht hat, in der digitalisierten, durch künstliche Intelligenz gesteuerten Welt einen neuen, vielleicht letztmöglichsten Höhepunkt erhalten wird.

Im Übrigen tritt hier ein auf technologischen Fortschritt bezogener spezifischer Sachverhalt zutage, der sich bekanntermaßen von anderen ähnlich gelagerten Erscheinungsformen qualitativ-quantitativer Progression im Bereich von Leben und Gesellschaft wohl in der spezifischen Thematik, jedoch in Verlauf und Kontinuität nicht sonderlich unterscheidet: Zumeist gewinnt eine Entwicklung in ihrer Realisierung von Verbesserungen, Verfeinerungen, Ausdifferenzierungen, Subtilitäts- wie Komplexitätsgewinn, in fortschreitendem Zuwachs an Nähe - vielleicht auch nur an vermeintlicher Nähe - zur Perfektion, in ihrer Kontinuität im Streben nach „Vollendung“ eine Unausweichlichkeit und Unumkehrbarkeit, aus der auszubrechen offensichtlich un-

möglich erscheint. Systemzwänge gehen hier bekanntlich zu Werke, Zwänge, zu deren Entstehung im vorliegenden Fall die Digitalisierung durchaus beigetragen hat – und Ähnliches ist im Hinblick auf andere gesellschaftliche Prozesse zu konstatieren, Ähnliches in Struktur und Ablauf mit der Konsequenz, dass auch dort von Zwängen gesprochen werden kann, denen zu entrinnen wohl kaum Chancen bestehen. So zeichnet sich auch im Folgenden sozialpolitischen, gleichwohl technologisch determinierten Beispiel, d.h. in dem möglicherweise zukünftig nicht nur in Staaten autoritären bis totalitären Zuschnitts Anwendung findenden, auf Effizienz zielenden Bonus-Malus-System, das auf der Basis von Überwachungskameras sowie einer lückenlosen Speicherung personenbezogener Daten funktioniert, in Vorgang und Verlauf seiner Wirkungsweise eine Tendenz zu einer ebenso technologischen wie auch verwaltungsrelevanten Perfektion ab; das Bestreben nach Vollendung wird vermutlich die Weiterentwicklung so gut wie jeder menschlichen Errungenschaft – wenn auch vorzugsweise technologischer Art – kennzeichnen. Abhängig davon, um welchen Sachzusammenhang es sich in dieser Hinsicht handelt, können Vorgänge auf dem Gebiet zumeist in Entfaltung sowie Ausbau stehender digital gesteuerter Erfindungen und Entdeckungen für die Menschen durchaus negative Erfahrungen, Deprivation und Deprivation gleichermaßen, um es ein wenig zugespitzt auszudrücken, zur Folge haben. Unter einem System dispers bis ubiquitär installierter digitaler Kameras zur Überwachung von Menschen im Hinblick auf ihre Botmäßigkeit beispielsweise verschlechtert sich, was den Gesichtspunkt der Humanität anbelangt – jedenfalls gemessen an universellen Menschenrechten –, über den als unerträglich zu bezeichnenden Zwang einer den Individuen stets abverlangten Wahrung von Verhaltenskonformität, über einen Zwang, wie er mit dem erwähnten Bonus-Malus-System verbunden ist, die Lebensqualität vielleicht nicht aller, aber wohl doch mancher, wahrscheinlich eher vieler Menschen, die sich in ihren Freiheitsrechten sowie Möglichkeiten der Persönlichkeitsentfaltung erheblich eingeschränkt fühlen, selbst wenn sie es aufgrund antrainierter „Verhaltensstromlinienförmigkeit“ unter den Bedingungen eines autoritären politischen Systems weder zugeben wollen noch dürfen. Es geht – wie gesagt – wenn die Struktur von Verlaufsprozessen der hier skizzierten Art in Augenschein genommen wird, letztlich um eine keinesfalls unbekanntes, vor allem in ihren Konsequenzen gesellschaftliche Verhältnisse betreffende Diskrepanz: technisch-technologische Weiterentwicklung, gar Perfektion hier, menschliche Disziplinierung und Repression da, es geht um einen Zwiespalt, für den in Geschichte und Gegenwart durchaus manches bekannte Beispiel zu nennen wäre. Mit Bezug auf ein zu erwartendes Bonus-Malus-System heißt es in den Einlassungen Peter Strassers:

Was früher der schwarzen Science-Fiction vorbehalten war, ist heute im Begriff, realpolitisch umgesetzt zu werden. Chinas neue Führung hat angekündigt, ein Bonus-Malus-System einzuführen. Durch das Sammeln von Bonuspunkten wird es möglich, sozial aufzusteigen, in bessere Lebensverhältnisse einzutreten. Demgegenüber muss der Abweichende im Extremfall damit rechnen, kein Einkommen zu haben, keine Wohnung zu erhalten und seine Familie

dem Elend preiszugeben. (Peter Strasser, s. oben, <https://www.nzz.ch/meinung/wenn-wir-anden-daten-zappeln-die-digitale-welt-frisst-ihre-kinder-id.1332978>, letzter Abruf: 03.01.2020)

Und welche Schlussfolgerungen dürften sich ergeben?

Auf jeden Fall erweist es sich als notwendig, den Prozess der Digitalisierung bis hin zur künstlichen Intelligenz mit kritischen Reflexionen zu begleiten, nicht zuletzt, um ggf. für manche gesellschaftlichen Bezugsfelder Alternativen zu entwickeln. Im Bereich des Bildungswesens dürfte es auch im Zeitalter der Digitalisierung weiterhin darum gehen, Menschen mit Diskursfähigkeit, auch mit Reflexionen zu deren Notwendigkeit vertraut zu machen, sie überdies erkennen zu lassen, dass es im Kontext gesellschaftlicher Perspektiven und Realisierungsmöglichkeiten durchaus dominante Interessen, Wünsche und Absichten gibt, die schnell zu gesellschaftlichen Imperativen avancieren und sich dabei als Statthalter gesamtgesellschaftlicher Interessen – je nachdem, zu Recht oder auch unrechtmäßig – präsentieren. Hier sind Schulwesen und Universität gefordert, sozialkritischen Diskursen im Unterrichtsallday bzw. in Forschung und Lehre hinreichend Raum zu verschaffen. Es geht letztlich nicht darum, die Digitalisierung schlichtweg zu verteufeln; es wird sich vielmehr als geboten erweisen, sie in den Gesamtrahmen der Gesellschaft sinnvoll zu integrieren – aber in der Argumentation viel weniger „legitimistisch“ und affirmativ, als das heute der Fall ist –, sie für Modifikationen offenzuhalten, sie zu begrenzen, wo es sein muss, sie beispielsweise einzuschränken für Situationen, in denen Datenmissbrauch und Gefährdungen lauern, sie letztlich nicht euphorisch wie zumeist derzeit, eher behutsam sowie kritisch-argumentativ mit den Obliegenheiten der Welt zu verbinden, auch wenn sich dieser Vorschlag recht klischeehaft ausnimmt, schließlich bei allen „Handhabungen“ auf jeden Fall ungerechtfertigten Herrschaftsansprüchen Schranken aufzuzeigen. Schon jetzt vollzieht sich Herrschaft weniger direkt durch „Imperatoren“, vor allem wird sie – wie bereits angedeutet – durch sich verselbstständigende Systemimperative ausgeübt, hinter denen letztlich insbesondere ökonomische Machthaber und Eliten stehen, „noch“, wie als Adverb im Hinblick auf eine total digitalisierte, „entmenschlichte“ Welt der Zukunft zu ergänzen wäre. In welcher Weise mit Systemimperativen umzugehen ist, ggf. ihre beabsichtigte Missachtung, u.U. Widerstand gegen sie jeweils zu beurteilen sind, bleibt eine Frage für Gegenwart und Zukunft, die im Lichte spezifischer Lebensumstände, vor allem in Anbetracht politischer Verhältnisse, dabei nach Maßgabe allgemein anerkannter ethischer Prinzipien – man denke an Menschenrechte – zu beantworten ist. Weiterführend lässt sich unter Hinweis auf flächendeckende Überwachung durch Gesichtserkennungskameras, Auswertung datengenerierter Persönlichkeitsprofile und ein möglicherweise damit verbundenes Sanktionssystem Folgendes fragen:

Was passiert, wenn ein Bürger alle Bonuspunkte aufgebraucht hat? Darüber schweigt Chinas Führung vorerst; auch darüber, was mit jenen passieren soll, denen von den Computern keine Zukunftschancen bescheinigt werden.

Einweisung in Kolonien für Minderwertige? Präventive Anschließung in Arbeitslagern? Auslöschung? (Peter Strasser, s. oben, <https://www.nzz.ch/meinung/wenn-wir-an-den-daten-zappeln-die-digitale-welt-frisst-ihre-kinder-Id.1332978>, letzter Abruf: 03.01.2020)

In seinem in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 01.07.2017 veröffentlichten Text „Wenn Maschinen intelligenter werden als Menschen“ erwähnt der Autor Matthias Sander in aller Kürze „Arbeit“ und „Gesellschaft“ sowie „Bildungspolitik“ und rekurriert dabei auf den Ethiker Peter Kirchschräger, der an der theologischen Fakultät der Universität Luzern und an der amerikanischen Yale-Universität forscht. Die beiden von Matthias Sander unter Bezugnahme auf Kirchschräger im folgenden Text zuerst aufgeworfenen Fragen dürften zukunftssträchtig sein, ohne hier gleich beantwortet werden zu können. Für die im zweiten Abschnitt gestellten Fragen wäre im Falle der uneingeschränkten Zustimmung hinsichtlich der damit markierten gegensätzlichen Sachverhalte wohl ganz unspektakulär eine Synthese im konventionellen Sinne anzustreben:

Ethisch-moralische Probleme sieht Kirchschräger also woanders. Etwa: Wenn immer mehr Maschinen arbeitende Menschen ersetzen und damit die integrative Funktion von Arbeit wegfällt, wie kann man die betroffenen Menschen weiter in die Gesellschaft integrieren? Oder: Wenn Maschinen den Menschen bald in logischer Deduktion und komplexem Vorstellungsvermögen abhängen, welche Bildungspolitik ist dann nötig?

Die Frage nach Bildungszielen, sagt Kirchschräger, sei immer auch eine ethische. Die Antwort zeige, nach welchem Gut eine Gesellschaft strebe – und nach welchem nicht. Sollen Menschen kritisch denken, selbstbestimmt handeln, die Würde ihrer Mitmenschen achten? Oder sollen sie vor allem für die Arbeitswelt vorbereitet werden?

(<https://www.nzz.ch/gesellschaft/wenn-maschinen-intelligenter-werden-als-menschen-Id.1303512>, letzter Abruf: 04.01.2020)

Überdies referiert Matthias Sander Kirchschrägers drei Szenarien zur künstlichen Intelligenz und resümiert:

Ein Szenario, dass der Mensch dauerhaft intelligenter bleibt als die Maschine, gibt es nicht. (Matthias Sander, s. oben, <https://www.nzz.ch/gesellschaft/wenn-maschinen-intelligenter-werden-als-menschen-Id.1303512>, letzter Abruf: 04.01.2020)

Lebensbejahung, Optimismus, beides vielleicht sogar auch ausartend in Euphorie und Exaltiertheit im Hinblick auf Perspektive und Zukunft mögen gerade im hier angesprochenen Bereich der vermeintlich unbegrenzten technisch-technologischen Möglichkeiten Erkenntnis- und Forscherdrang, in dieser Hinsicht überhaupt das ganze Sinnen und Trachten eines von Begeisterung bewegten Wissenschaftlers beflügeln, geraten aber unweigerlich, wenn „Maß und Mitte“ gänzlich verloren zu gehen scheinen, leicht in die Nähe der Phantasmagorie,

des Abstrusen und Absurden. Gleichwohl, so wäre hinzuzufügen und zu spekulieren: Die entsprechende Textpartie, die das soeben Gesagte belegen soll, dürfte von ihrem Verfasser gemäß Selbstbewusstsein, Souveränität und Selbstkritik wohl absichtlich in ironisch-satirischer Manier aufgesetzt sein. So heißt es in dem Beitrag «Künstliche Intelligenz wird jeden Lebensbereich umgestalten» von Marco Metzler ebenfalls in der „Neuen Zürcher Zeitung am Sonntag“ vom 17.08.2016, und auf den zweiten Teil der hier wiedergegebenen Textpassage nach den Auslassungszeichen sei hinsichtlich der oben angeführten Bemerkung zu Ausdruckskraft und Sprachduktus eines gesteigerten Lebensgefühls besonders hingewiesen:

Das Spektrum möglicher Anwendungen ist grenzenlos. Jürgen Schmidhuber, Leiter des Instituts für künstliche Intelligenz IDSIA in Lugano, nennt im Gespräch Beispiele: 2011 präsentierte sein Team das erste tiefe neuronale Netz mit übermenschlich guter visueller Mustererkennung. Es habe Verkehrsschilder trotz Blättern, Sonnenlicht oder Schnee besser erkannt, als es Menschen können. Das ist eine Voraussetzung für selbstfahrende Autos.

(...)

Noch ist Schmidhuber nicht durch eine KI ersetzt worden. Er ist aber überzeugt, dass er noch zu seinen Lebzeiten die Entstehung einer Superintelligenz erleben wird.

Und er beginnt zu träumen: «Das Universum will jetzt die nächste Stufe der Komplexität erklimmen. KI werden mittels selbstreplizierender Roboterfabriken das Sonnensystem besiedeln und umgestalten, dann innerhalb von Jahrillionen die gesamte Milchstraße und schließlich innerhalb von Jahrilliarden auch den Rest des erreichbaren Universums. Was jetzt kommt, ist mehr als nur eine weitere industrielle Revolution. Das ist etwas Neues, das die Menschheit transzendiert. Ein Schritt vorwärts, vergleichbar mit der Erfindung des Lebens vor über 3 Mrd. Jahren.»

(<https://nzzas.nzz.ch/wirtschaft/juergenschmidhuber-kuenstliche-intelligenz-wird-jeden-lebensbereich-umgestalten-Id.145031>, letzter Abruf: 09.01.2020)

Ganz im Unterschied zur Eloquenz und der durch sie in der Regel zum Ausdruck gebrachten Begeisterung im Zuge der auf künstliche Intelligenz ausgerichteten Forschungsvorhaben, auch angesichts entsprechender Erfolge und Errungenschaften nehmen sich die Darlegungen eines in diesem Bereich tätigen Wissenschaftlers zu Einhegung, Begrenzung und Kontrolle, was künstliche Intelligenz anbelangt, verhältnismäßig nichtssagend und einfallslos aus. So heißt es in dem Text von Metzler „Wie Google in Zürich Computern das Denken beibringt“ in der „Neuen Zürcher Zeitung am Sonntag“ vom 17.08.2016, und Metzler zitiert Emmanuel Mogenet, der seit Juni 2016 das neue europäische Forschungszentrum von Google in Zürich leitet:

«Es ist wichtig, dass Tech-Konzerne, Politiker und Philosophen miteinander reden, um sicher-

zustellen, dass die Transformation in die richtige Richtung läuft, den Menschen nicht schadet und die Gesellschaft als Ganzes verbessern kann», sagt Mogenet und verweist auf das immense Verbesserungspotenzial: «Jeder einzelne Mensch erhält die Macht, neuartige Probleme zu lösen, Dinge zu tun und zu lernen, die ihm bisher verwehrt waren.»

(<https://nzzas.nzz.ch/wirtschaft/kuenstliche-intelligenz-emmanuel-mogenet-wie-google-in-zuerich-computern-denken-beibringt-ld.145029>, letzter Abruf: 09.01.2020)

Ob schließlich dem Standpunkt, wie er mit den folgenden Sätzen – moderat im Stil, pessimistisch in der Perspektive – vertreten wird, zuzustimmen ist, ob er vielleicht zu modifizieren oder ganz abzulehnen wäre, dies sei dem Leser selbst für weitere Reflexionen und Diskurse, auch zur Entscheidung und Beantwortung zu guter Letzt aufgegeben:

Diejenigen, die heute nicht müde werden, den Zusammenschluss elektronischer Daten zum Wohle des Bürgers zu rühmen, sind in Wahrheit die Totengräber unserer Ideale vom autonomen Leben in einer freien Gesellschaft. (Peter Strasser, s. oben, <https://www.nzz.ch/meinung/wenn-wir-an-den-daten-zappeln-die-digitale-welt-frisst-ihre-kinder-ld.1332978>, letzter Abruf: 03.01.2020)

Textnachweise:

Cellan-Jones, Rory: Stephen Hawking warns artificial intelligence could end mankind. BBC news, 02.12.2014 (<https://www.bbc.com/news/technology-30290540> , letzter Abruf: 03.01.2020)

Metzler, Marco: Wie Google in Zürich Computern das Denken beibringt. Neue Zürcher Zeitung am Sonntag, 17.08.2016 (<https://nzzas.nzz.ch/wirtschaft/kuenstliche-intelligenz-emmanuel-mogenet-wie-google-in-zuerich-computern-denken-beibringt-ld.145029>, letzter Abruf: 09.01.2020)

Ders.: «Künstliche Intelligenz wird jeden Lebensbereich umgestalten». Neue Zürcher Zeitung am Sonntag, 17.08.2016 (<https://nzzas.nzz.ch/wirtschaft/juergenschmidhuber-kuenstliche-intelligenz-wird-jeden-lebensbereich-umgestalten-ld.145031>, letzter Abruf: 09.01.2020)

Sander, Matthias: Wenn Maschinen intelligenter werden als Menschen. Neue Zürcher Zeitung, 01.07.2017 (<https://www.nzz.ch/gesellschaft/wenn-maschinen-intelligenter-werden-als-menschen-ld.1303512>, letzter Abruf: 04.01.2020)

Strasser, Peter: Das autonome Leben in einer freien Gesellschaft könnte dereinst Geschichte sein. Neue Zürcher Zeitung, 06.01.2018 (<https://www.nzz.ch/meinung/wenn-wir-an-den-daten-zappeln-die-digitale-welt-frisst-ihre-kinder-ld.1332978>, letzter Abruf: 03.01.2020)

Žižek, Slavoj: Das Ende der Menschlichkeit. Neue Zürcher Zeitung, 23.08.2017 (<https://www.nzz.ch/feuilleton/digitalisierung-das-ende-der-menschlichkeit-ld.1312112>, letzter Abruf: 03.01.2020)

Vgl. auch:

Brauck, Markus: Philosoph Precht im Interview (Facebook ist gefährlicher als Trump). Spiegel Netzwelt, 22.04.2018 (<https://www.spiegel.de/spiegel/richard-david-precht-die-digitalisierung-bedroht-alles-was-ist-a-1204080.html>, letzter Abruf: 30.01.2020)

»Digitalisierung bedarf des aufgeklärten Bürgers« / Ein Gespräch mit Wolfgang M. Schmitt über Digitalisierung und die Grenzen des digitalen Diskurses. In: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Heft 2, 2018, dort auch weitere themenbezogene Aufsätze, (<http://indes-online.de/2-2018-digitalisierung-bedarf-des-aufgeklaerten-buergers>, letzter Abruf: 09.01.2020)

Hosp, Gerald: Künstliche Intelligenz: Warum manche Ökonomen an ein Auferstehen des Kommunismus glauben. Neue Zürcher Zeitung, 26.09.2017 (<https://www.nzz.ch/wirtschaft/in-der-londoner-city-geht-das-gespenst-des-kommunismus-um-ld.1316915>, letzter Abruf: 11.01.2020)

Pleister, Michael (2019): Digitalisierung. Vier Verlautbarungen zu einer glorifizierten Zukunftstechnologie. Göttingen: Cuvillier.

Stritich, Per: Künstliche Intelligenz – so arbeiten wir in Zukunft. t:n digital pioneers, 17.01.2018 (<https://t3n.de/news/kuenstliche-intelligenz-arbeiten-910516/>, letzter Abruf: 11.01.2020)

Über den Autor:

Dr. phil. Michael Pleister, Jahrgang 1953, Studium der Fächer Germanistik, Geschichte und Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg, danach Gymnasiallehrer, kurzzeitig Schulleiter sowie zeitweilig Lehrbeauftragter an verschiedenen Universitäten, derzeit Lehrer im Bereich Deutsch als Fremdsprache. Diverse Veröffentlichungen zu literaturgeschichtlichen, pädagogisch-didaktischen und bildungstheoretischen Themen sowie zu Theateraufführungen in Hamburg (www.michaelpleister.de)

Rede der Antisemitismusbeauftragten Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Gedenken an die Opfer der Shoah Anlässlich des 75. Jahrestags der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz 27. Januar 2020, Gelsenkirchen

Sehr geehrte Frau Neuwald-Tasbach,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Rudowitz,
sehr geehrter Herr Schulz,
sehr geehrte Frau Fahrenholz,
sehr geehrter Herr Dr. Schmidt,
sehr geehrter Herr Klare,
sehr geehrte Mitglieder der Jüdischen Gemeinde
Gelsenkirchen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Die Dimension des Grauens in Auschwitz vor 75 Jahren, dem Tag der Befreiung dieses Vernichtungslagers, ist mit Worten kaum zu beschreiben. Es war der Schlusspunkt einer über viele Jahre konsequenten Ausgrenzung, Verfolgung, Unterdrückung und Vernichtung von Juden seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Spätestens seit Oktober/November 1938 bestand das Leben für Jüdinnen und Juden nur noch aus Vertreibung, Ghettoisierung und Gewalt.

Das alljährliche Erinnern verstehe ich nicht als Ritual, sondern als gesellschaftliche und politische Verantwortung. „Nie wieder Auschwitz“ – das möchte ich heute ohne Wenn und Aber aussprechen. Aber ich zögere, bin unsicher. Denn 75 Jahre, nachdem die Truppen der Roten Armee die wenigen Überlebenden in diesem Konzentrationslager befreiten, erleben wir in Deutschland, in Nordrhein – Westfalen und in vielen anderen europäischen Staaten, auch in den USA, einen Antisemitismus, der so 1945 und bei der Gründung der Bundesrepublik 1949 nicht vorstellbar war. Parallelen zur Shoah kann man heute nicht ziehen, aber der Juden Hass und die Judenfeindschaft sind seit einigen Jahren in einer Art und Weise gegenwärtig, dass niemand mehr verharmlosen oder die Gefahr kleinreden kann. Aber das passiert. Es passiert auch von einer politischen Partei im Bundestag, die den Holocaust als Vogelschiss in der 1000 jährigen Geschichte des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nationen bezeichnet und das Gedenken an den Holocaust umkehren will.

Und auch Gewalt und Beleidigungen gegen Juden sind gegenwärtig – auf der Straße, in Bahnen, in Schulen, am Arbeitsplatz – überall in Deutschland kann es Juden treffen.

Deshalb ist auch in NRW das Büro der Antisemitismusbeauftragten mit einstimmigem Beschluss des Landtages geschaffen worden. Nicht in der Erwartung, dass damit der Antisemitismus möglichst schnell verschwinden würde, sondern um eine Ansprechpartnerin für Betroffene zu schaffen, Antisemitismusprävention zu verbessern und entsprechende Aktivitäten zu koordinieren. Aufklärung, Information, Prävention ist der Dreiklang.

Antisemitismus gibt es in allen Teilen unserer Gesellschaft, bei Intellektuellen, im Bildungsbürgertum und bei Menschen mit weniger Allgemeinbildung. Eine Zeit

lang vermittelte man das Bild, es seien nur einige rechtsextreme Schläger und besoffene Einzeltäter, die auf Juden, Migranten und andere Menschen, die nicht so recht ins einfache Bild passen wollten, losgingen. Die breite Öffentlichkeit hat sich lange Zeit nicht in dieser Fehlwahrnehmung beirren lassen.

Es gibt Menschen, die das glauben mögen oder geglaubt haben. Die Realität ist eine andere. Netzwerke, Vereine und andere Gruppierungsformen agieren antisemitisch. Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Und die Begründungen für Antisemitismus sind unterschiedlich – völkisch ideologisch, rechts – und linksextremistisch, israelbezogen.

Spätestens seit dem Anschlag auf die Synagoge in Halle im Oktober letzten Jahres kann niemand mehr den Antisemitismus kleinreden oder seine Gefährlichkeit verharmlosen. Aber auch vorher gab es genug Anlässe, auch in NRW.

Jüngste Umfragen zeigen, in welchem Ausmaß Vorbehalte, Vorurteile, Ablehnungen in Deutschland gegenüber Juden und Muslimen bestehen.

Das „Lernen aus Geschichte“, das viele Bildungskonzepte prägte, und so moralische Abgrenzungen als Ausweg aus der eigenen Verantwortung ermöglichte, hat nicht bewirken können, dass Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit keinen Platz mehr in den Köpfen und Herzen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland haben.

Ich möchte mich vor allem auf den Einblick in das Ausmaß antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung beziehen, wie er im Oktober 2019 durch die Studie des World Jewish Congress sichtbar wurde. Diese Umfrage hat vor allem antisemitische, in Teilen antimuslimische und antimigrantische Einstellungen in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland abgefragt. Hierzu hatte Schoen Consulting im Auftrag des World Jewish Congress 1.000 deutsche Erwachsene über 18 Jahre befragt. 22% der Befragten leben in Nordrhein-Westfalen.

Die Studie bestätigte, wie stark antisemitische Stereotypen, nämlich bei etwa einem Viertel der Gesamtbevölkerung und bei 18% der sogenannten „Eliten“, verbreitet sind und dass diese Stereotypen nicht unbedingt von der Einschätzung von Juden als Gruppe abhängig sind. Allerdings wird deutlich, dass 16% Juden als Gruppe ablehnen. Das ist ein höherer Wert als der für offenen Antisemitismus in der Mitte-Studie und anderen Studien. Dass ein Fünftel noch nie eine Jüdin/einen Juden getroffen hat, bestätigt die These der Antisemitismusforschung, dass es für Antisemitismus keine Juden braucht. Das „Gerücht über die Juden“, wie es Adorno in seiner Minima moralia ausgedrückt hatte, ist und bleibt mitentscheidend.

Es ist ein großes Missverständnis, wenn Menschen heute meinen, dieses Gedenken sei ein in die Vergangenheit gerichtetes Zelebrieren eines Opferstatus. Wir gedenken nicht, um nur in die Vergangenheit zu blicken. Wir erinnern uns, weil dadurch eine Gegenwart, etwas Bleibendes hergestellt wird. Für wenige Momente schließt sich der Kreis zwischen Vergangenheit und Zukunft. Wir gedenken also durchaus, um die Menschen zu ehren, die gestorben sind. Im Gedenken, im Moment der Gegenwart, ist aber die Gelegenheit und Möglichkeit gegeben, unser Handeln zu reflektieren. Aus diesem Erinnern folgt also ein moralischer Anspruch. Der Talmud führt aus, dass aus schlechtem Denken schlechtes Reden folgt und daraus schlechtes Tun.

Erinnern und Gedenken, wie es in NRW an 29 geförderten Gedenkstätten erfolgt, müssen Teil der antisemitismuskritischen Bildung sein.

Historisch-politische Bildung der Gegenwart möchte in dem Sichtbarmachen von Biografien keine moralische Keule schwingen. Vielmehr wird der Spagat versucht, aus Opfern Individuen zu machen, um damit aufzuzeigen, dass wir etwas für uns, für die Lebenden unternehmen, wenn wir auf die Folgen von Antisemitismus, Faschismus und anderen menschenverachtenden Ideologien hinweisen. Und zum anderen kann mit dem Befassen mit Lebensbiografien eine persönliche Ansprache und empathische Bindung erzeugt werden, die Geschichte anders lebendig macht als durch Statistiken und Zahlenwerke.

Historisch-politische Bildung muss in der Schule, an den Universitäten, in der Fort- und Weiterbildung und in politischen Lernwerkstätten hohe Priorität haben, sie ist Teil von Antisemitismusprävention.

Es wurde und wird nach meiner Einschätzung zu wenig über die Wertgrundlagen, über Verantwortung und Freiheit und den Zusammenhalt der Gesellschaft gesprochen. Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes, der die Würde eines jeden Menschen für unantastbar erklärt, wird von vielen Menschen nicht so verstanden, das er für jeden gilt - für den Juden, den Muslim, den Nichtdeutschen, den Weißen und Schwarzen, den Steuerhinterzieher und den Flüchtlingshelfer. Dieser oberste Satz im Grundgesetz ist eine tief moralische Aussage und eine Richtschnur für unser Handeln. Es war die Absage an das nationalsozialistische Unrechtsregime, an die rassistische Menschenverachtung.

Und es ist ein Auftrag an alle staatliche Gewalt, die an die Grundrechte gebunden ist – Art.1 Abs. 3 Grundgesetz.

Wenn diese Verfassung von Reichsbürgern, von Links- und Rechtsextremen, aber auch von Antisemiten und Rassisten verletzt wird, dann sollte uns das nicht nur heute, sondern das ganze Jahr über so stark beschäftigen, dass wir alles dafür tun, uns als gesamte Gesellschaft gegen diese Meinungen und teilweise aggressive Angriffe zu stellen.

Wir sind das nicht nur denen schuldig, die hoffentlich ins Buch des Lebens eingeschrieben sind. Wir sind es uns selbst schuldig, unseren Kindern, unserer eigenen Freiheit.

Fehlende Reflexionsräume, mangelnde Selbstreflexion, Schamgefühle und teils fehlende Verbindungen zu den Opfern des NS-Systems tragen dazu bei, dass Holocaustleugnung, Täter-Opfer-Umkehr und die Aussage, Juden würden Nutzen aus dem Holocaust ziehen, zu verbreiteten antisemitischen Thesen werden. Das wird in der Studie des World Jewish Congress offenbar: 34 %

stimmen der Aussage zu, der Holocaust würde von anderen heutigen Ungerechtigkeiten ablenken, 39 % der Aussage, die Ideologie Adolf Hitlers sei immer noch präsent und käme in Deutschland vor. Ein Viertel sagt, der Holocaust könnte heute wieder geschehen. Das hätte schon ohne den Anschlag von Halle genügen müssen, selbst letzte Phantasten wachzurütteln. Doch ist es, wie ich immer wieder feststellen muss, noch längst nicht so weit, dass Antisemitismus in seiner gesamtgesellschaftlichen Dimension gesehen wird.

Die Bedeutung historisch-politischer Bildung sehe ich genau da: Reflexionsräume zu schaffen, um in der eigenen Biografie, mit einem lebensweltlichen Bezug und ohne Moralien antisemitische Stereotypen zu reflektieren. Das sollte dazu führen, das Outgrouping von Jüdinnen und Juden erst gedanklich zu dekonstruieren und schließlich – im Einklang mit unseren Grund- und Menschenrechten – entsprechend zu handeln, nämlich sich für Jüdinnen und Juden einzusetzen. Nicht weil sie einer bestimmten Religion angehören. Sondern weil Menschen diskriminiert werden. Täglich. Mitten in Deutschland. Ohne dass es allzu oft zu großem Widerspruch käme.

Historisch-politische Bildung hat aus meiner Sicht in einem abgestimmten, breiten Zugang die Möglichkeit, für eine proaktive Handlungskompetenz zu werben und in letzter Konsequenz zu einer prodemokratischen Haltung zu befähigen.

Eine Demokratie lebt von der Reflexion. Denn nur ein Nachdenken über die eigene Position und die des Gegenübers ermöglicht den Kompromiss. Ein Stückchen Wahrheit in den Worten des Anderen zu erkennen, ist der Beginn eines Diskurses. Doch erleben wir heute, insbesondere im Internet, wie von vornherein ausgeschlossen wird, dass jemand anderes ein Stückchen Wahrheit haben könnte. Fake News, Shitstorms finden sich gerade auch gegen Juden, Verschwörungstheorien werden verbreitet und Stereotype hemmungslos benutzt. Dagegen zu halten ist eben nicht allein die Aufgabe des Staates, sondern von uns allen.

Heute an die Opfer der Shoah zu gedenken heißt gleichzeitig auch, an uns, an die Zukunft zu denken. Ebenso wie die Tora ein Buch des Lebens ist (Dtn 30,15), so möchte unsere liberale Demokratie ein Leben in Freiheit und gegenseitiger Rücksichtnahme und Verantwortung ermöglichen – ohne Diskriminierung und Ausgrenzung.

Es gibt leider wieder gesellschaftliche Kräfte, die genau das nicht wollen, die zu in den letzten Jahren ansteigenden Straftaten mit antisemitischer Motivation fähig sind (ca. 1800 in Deutschland, ca. 360 in NRW). Deshalb muss der Staat handlungsfähig sein, analog und digital.

Ich möchte mit meiner Tätigkeit die zivilgesellschaftlichen Kräfte stärken, Projekte zur Antisemitismusprävention unterstützen und in allen Bereichen auf stärkere Befassung mit dem Antisemitismus in seinem historischen Kontext drängen.

Es ist nicht die Aufgabe der Jüdinnen und Juden, sich gegen Antisemitismus zu wehren, sondern Antisemitismus ist ein Angriff auf unser im Grundgesetz verankertes Menschenbild. Antisemitismus greift uns alle an.

Auch das sollte uns im heutigen Gedenken bewusst sein.

Die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen:

www.land.nrw/de/antisemitismusbeauftragte-neu

Impressum
BLICKPUNKT ZUKUNFT©
ISSN: 0720-6194

Herausgeber: Werner Mittelstaedt (W.M.)

Redaktionsanschrift: Ecksteins Hof 50,
D-45721 Haltern am See

E-Mail: Werner.Mittelstaedt-GZS@t-online.de

Website: www.blickpunkt-zukunft.com

Wikipedia: de.wikipedia.org/wiki/Blickpunkt_Zukunft

Redaktion: Werner Mittelstaedt (v.i.S.d.P.),
Mechthild Mittelstaedt

Herstellung und Gestaltung:
Werner Mittelstaedt

Druck: Multionline GmbH
Heinrich-Dreyer-Straße 1, 27798 Hude

Diese Zeitschrift ist aus 100% chlorfrei gebleichtem Papier hergestellt worden, das bei der Herstellung die ISO-Norm 14001 erfüllt.

Copyright: Alle Rechte beim Herausgeber
Werner Mittelstaedt

Erscheinungsweise: 2 Ausgaben im Jahr.

Nachdruckerlaubnis: Nachdruck, auch auszugsweise, von nicht ausdrücklich mit Nachdruckerlaubnis ausgewiesenen Artikeln nur mit schriftlicher Zustimmung des Herausgebers.

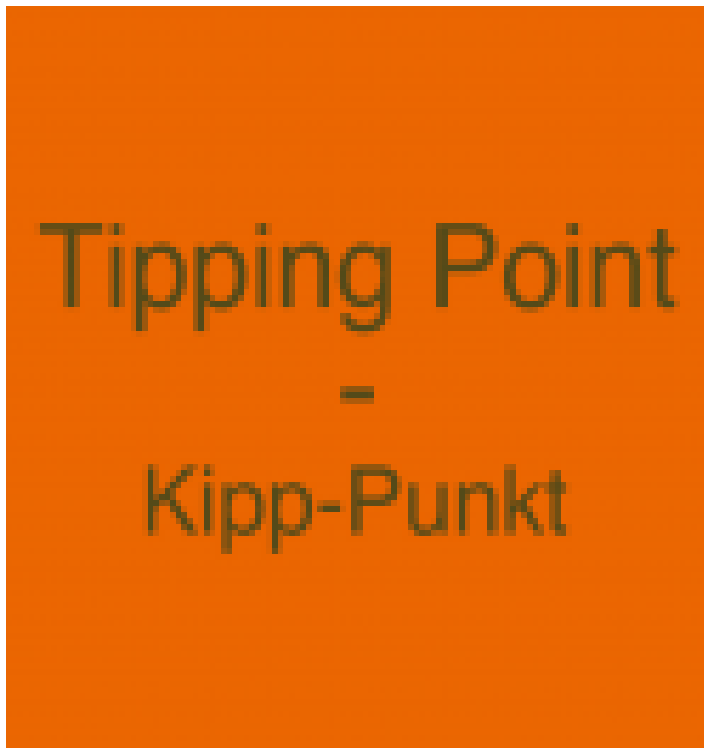
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder die des Herausgebers wieder.

An alle Theatermacher!

Tipping Point – Kipp-Punkt

Ein Theaterstück von Werner Mittelstaedt

***Das weltweit erste Theaterstück, das den durch uns Menschen
verursachten Klimawandel behandelt***



Über das Theaterstück: Es ist Samstag, der 6. Juni 2026. Zur besten Sendezeit strahlen die Fernsehsender ARD, ZDF, 3Sat, ARTE, PHOENIX und EURONEWS erstmals gemeinsam die bekannte Talkshow »Bettina ROLAND« live im Fern sehen aus. Normalerweise ist der Sendeplatz für diese Talkshow freitags ab 23.00 Uhr nur

im ZDF. Dass diese Sendung nun zur Primetime an einem Samstag von sechs Fernsehsendern zeitgleich ausgestrahlt wird, hat einen ganz ernsten Hintergrund: Der »Tipping Point« (Kipp-Punkt) im Klimasystem der Erde mit langanhaltenden lokalen und globalen Auswirkungen ist eingetreten. Der Weltklimarat hat darüber am 1. Juni 2026 auf der in die Geschichtsschreibung eingehenden Pariser Pressekonferenz die Weltöffentlichkeit informiert.

Kurz vor der Sendung wird Bettina Roland mit vielen Neuigkeiten konfrontiert und gerät aus unterschiedlichen Gründen in unangenehme Situationen. Dann diskutiert sie mit ihren sechs Gästen, wie es zum »Tipping Point« kommen konnte und was unternommen werden muss, um seine Folgen erträglich zu halten.

Es entwickelt sich eine äußerst turbulente Gesprächsrunde, die viele Überraschungen parat hält. Dabei kommen nahezu alle relevanten Daten und Fakten über den Klimawandel und die Möglichkeiten ihn einzudämmen kontrovers zur Sprache.

Länge: 80 Minuten

Rollenanzahl: 8, (3 w, 5 m)

Altersstufen: Erwachsenentheater, 10. bis 13. Schuljahr

Leseprobe, Ansichtsexemplar, Rollentexte sind erhältlich bei der Theaterbörse Braunschweig über das Internet:

www.theaterboerse.de/shop/de/theaterstuecke/genre-umwelt-gentechnik/4068-tipping-point-kipp-punkt.html#

(Presseerklärung, Berlin, 16. Juni 2020) Starke internationale Partnerschaft für Landschaftsschutz, Ecosystem Restoration und regenerative Ökonomie: World Future Council und Deutsche Meeresstiftung übernehmen Anteile der United Sustainability Group

Die World Future Council Foundation übernimmt Unternehmensanteile der United Sustainability GmbH, ebenso die Deutsche Meeresstiftung, sowie der Gründer der Hamburger Klimawoche und Inhaber des Meeresforschungsschiffes Aldebaran, Frank Schweikert. Mit diesem weitreichenden und unkonventionellen Schritt stellen sich die gemeinnützigen Organisationen und ihre Repräsentantinnen, unter ihnen dutzende internationale Berühmtheiten, Wissenschaftler*innen und Preisträger*innen aus Umwelt- und Klimaschutz, Menschen- und Völkerrechten, demonstrativ hinter das Team der United Sustainability Gruppe und deren Gründer, den renommierten Geowissenschaftler und Nachhaltigkeitsforscher Dr. Daniel Dahm und seine Partner. Die United Sustainability GmbH ist die Investitionsgesellschaft die auf eine aufbauende, regenerative Wirtschaft ausgerichtete United Sustainability Unternehmensgruppe. Das Unternehmen zielt auf die Renaturierung degradierter Ökosysteme, Anti-Desertifikation und den Aufbau der natürlichen Lebensgrundlagen der Erde. Mittels Investitionen in den Wiederaufbau von Ökosystemen – Ecosystem Restoration – und ökologische Land- und Forstwirtschaft sollen die natürlichen Ökosysteme und Nahrungsketten sowie Klima und Meere geschützt und gestärkt werden. Weiterhin sollen Investitionen für den Aufbau und die Bereitstellung alltäglicher infrastruktureller Lebensgrundlagen in den Bereichen Erneuerbare Energien, Süßwasser-, Medizin und Gesundheitsversorgung, Bildung, Recycling und Kreislaufwirtschaft realisiert werden. Hierfür entwickelt United Sustainability Investitionsportfolios im Bereich Nachhaltiger Sachwerte („real assets“) für große und mittlere Kapitalanleger. Erklärtes Ziel von United Sustainability ist es, weltweit ökologische und soziale Zukunftsfähigkeit zu sichern und zu ermöglichen. Um dies zu erreichen, zielt United Sustainability auf lebensdienliche Investitionen, um weltweit durch die Schaffung von Infrastrukturen zur Sicherung der primären Daseinsfürsorge konkrete Armutsbekämpfung in den Schwellen- und Entwicklungsländern zu leisten. Auf diese Weise sollen die Lebensgrundlagen dort gestärkt und aufgebaut werden, wo es an ihnen mangelt und die Menschen aus Armut und Not

in die Flucht gezwungen werden. Um maximal gute Wirkung zu entfalten, sind die Einbeziehung der breiten Bevölkerung und indigener Gruppen, die Kooperation mit lokal und regional ansässigen Akteursgruppen aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft wesentliche strategische Pfeiler für United Sustainability. Das World Future Council wurde vom Gründer des Right Livelihood Awards (als Alternativer Nobelpreis bekannt), Jakob von Uexküll, initiiert und versteht sich als „Stimme zukünftiger Generationen“. Zweck des World Future Council ist es, die Rechte kommender Generationen ins Bewusstsein von Entscheidungsträgern zu heben und eine Politik der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit zu fördern. Die Deutsche Meeresstiftung wurde initiiert vom Gründer der Hamburger Klimawoche und Eigner des Meeresforschungsschiffes Aldebaran, Frank Schweikert zusammen mit dem Medienunternehmer und Musikproduzenten Frank Otto. Die Deutsche Meeresstiftung widmet sich der nachhaltigen Entwicklung des Meeres- und Naturschutz und einer behutsamen, regenerativen Nutzung der Ozeane. United Sustainability gewinnt durch die Partnerschaften mit dem World Future Council und der Deutschen Meeresstiftung die Unterstützung international herausragender Repräsentant*innen aller Kontinente und Kulturräume und die Unterstützung politischer und fachlicher Autoritäten verschiedenster Staaten und Wirtschaftsregionen.

Weitere Informationen:
<https://unitedsustainability.world>
<http://www.meeresstiftung.de>
<https://www.worldfuturecouncil.org>

Ansprechpartner

United Sustainability Group:
Hannes Matt E-Mail: hm@unitedsustainability.com

World Future Council:
Frau Miriam Petersen
E-Mail: miriam.petersen@worldfuturecouncil.org

Deutsche Meeresstiftung: Frank Schweikert
E-Mail: frank.schweikert@meeresstiftung.de



IALANA Presseerklärung vom 06. Mai 2020
Erklärung zur nuklearen Teilhabe und zur geplanten Anschaffung
neuer Trägerflugzeuge für den Atomwaffeneinsatz

Obwohl alle Nicht-Atomwaffenstaaten in Art. II Nichtverbreitungsvertrag (NPT) und Deutschland zusätzlich in Art. 3 des sog. Zwei-Plus-Vier-Vertrages vom 12.9.1990 völkerrechtlich verbindlich auf jede unmittelbare und mittelbare Verfügungsgewalt über Atomwaffen verzichtet haben, wird innerhalb der NATO weiterhin die nukleare Teilhabe praktiziert. Zur nuklearen Teilhabe gehört insbesondere,

(1) dass Deutschland, die Niederlande, Belgien, Italien und die Türkei nach wie vor in der Nuklearen Planungsgruppe der NATO mitwirken,

(2) dass in geheim gehaltenen Bunkern in Deutschland, den Niederlanden, Belgiens, Italiens und der Türkei nach wie vor eine unbekannte Anzahl Atomwaffen mit einer vielfachen Zerstörungskraft der in Hiroshima und Nagasaki eingesetzten Nuklearwaffen gelagert wird, die im Spannungs- oder Kriegsfall von den US-Streitkräften auch den Streitkräften dieser Nicht-Atomwaffenstaaten und damit auch den Einsatzkräften der Bundeswehr für den Abwurf auf feindliche Ziele entgegen den Regelungen in Art. II des NPT zur Verfügung gestellt werden sollen und

(3) dass die Bundeswehr – ebenso wie die Streitkräfte der anderen NATO-Nicht-Atomwaffenstaaten – nach wie vor Atomwaffenträger bereithält, und zwar die Tornado-Flugzeuge des in Büchel in der Eifel stationierten Jagdbombergeschwaders 33 (Teil der 2. Luftwaffendivision), mit denen sie regelmäßig Atomwaffeneinsätze übt.

Alle NATO-Staaten nehmen nach wie vor den sog. „Kriegsvorbehalt“ in Anspruch. Danach soll der Nichtverbreitungsvertrag dann nicht mehr gelten, wenn „eine Entscheidung, Krieg zu führen, getroffen wird“ („in welchem Zeitpunkt der Vertrag nicht mehr maßgebend wäre“). Wenn dieser öffentlich verschwiegene Kriegsvorbehalt völkerrechtlich wirksam wäre, würde er den Nichtverbreitungsvertrag und das in ihm enthaltene Verbot der Weitergabe von Atomwaffen an Nicht-Atomwaffenstaaten im Spannungs- und Kriegsfall praktisch gegenstandslos machen.

Belege für das völkerrechtlich wirksame Zustandekommen eines förmlichen Vorbehalts zu Art. II des NPT sind der Öffentlichkeit bislang nicht vorgelegt worden. Es bestehen gewichtige völkerrechtliche Einwände gegen seine Wirksamkeit, und zwar sowohl hinsichtlich des Verfahrens (fehlende nachgewiesene Kenntnisgabe

an die NPT-Vertragspartner gem. Art. 23 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge WÜRV) als auch in materieller Hinsicht (Vereinbarkeit i.S.v. Art. 19 WÜRV mit Ziel und Zweck des NPT).

Gegenwärtig wird öffentlich der Kauf von Flugzeugen für die Bundeswehr diskutiert, welche die veralteten Tornado-Kampfflugzeuge ersetzen sollen. Mit diesen sollen im Einsatzfall Bundeswehrsoldaten nach einer erfolgten Freigabe des US-Präsidenten die in Büchel gelagerten US-amerikanischen Atomwaffen zu den Zielorten befördern und dort abwerfen. Damit wird für Deutschland zumindest eine mittelbare, im Kriegsfall sogar eine unmittelbare Verfügungsgewalt über diese Atomwaffen in Anspruch genommen. Dabei haben sich alle Nicht-Atomwaffenstaaten in Art. II NPT (BGBl. 1974 II, S. 786) und Deutschland zudem in Art. 3 des 2+4-Vertrages (BGBl. 1990 II, 1318) völkerrechtlich verbindlich verpflichtet, „die Verfügungsgewalt“ über Atomwaffen „von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen“.

Irreführend wird von Politikern behauptet, die nukleare Teilhabe sei „ein wichtiger Baustein unserer Sicherheitsstruktur“ (Henning Otte, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), die letzte Entscheidung über den Einsatz amerikanischer Atomwaffen von deutschen Boden aus liege „immer beim Bundeskanzler“ (Karl-Heinz Brunner, der sozialdemokratische Vorsitzende des Unterausschusses Abrüstung des Deutschen Bundestags).

Tatsache ist, dass über den Einsatz der Atomwaffen im Rahmen der NATO-Kriegsführung zunächst die Repräsentanten der Mitgliedsländer im NATO-Rat im Konsens zu beschließen haben. Über die Freigabe der Sicherungscodes für den Einsatz und den Einsatz selbst entscheidet allein der US-Präsident. Es erscheint wenig wahrscheinlich, dass eine deutsche Bundeskanzlerin oder ein Bundeskanzler im Falle eines bewaffneten Konflikts nach einer solchen Konsens-Entscheidung im NATO-Rat unter deutscher Beteiligung anschließend den Befehl an die Luftwaffe der Bundeswehr erteilen wird, sich nicht an dem Einsatz der von dem US-Präsidenten freigegebenen Atomwaffen zu beteiligen.

Die Behauptung, die nukleare Teilhabe sei ein wichtiger Baustein der deutschen Sicherheitsstruktur und sei lediglich der „Bündnistreue“ geschuldet, widerspricht jeglicher menschlichen Einsicht.

Alle Konzepte und Strategien der nuklearen Abschreckung gehen davon aus, der potentielle Gegner könne

von einem Angriff wirksam dadurch abgeschreckt werden, dass man ihm für diesen Fall einen vernichtenden Gegenschlag androht, der für ihn zu unannehmbaren Folgen und Schäden, wenn nicht zur vollständigen Vernichtung in einem nuklearen Inferno führen werde. Deshalb müsse die eigene Fähigkeit und Bereitschaft zu einer solchen Reaktion glaubwürdig demonstriert werden.

Notwendiger Bestandteil für ein „Funktionieren“ dieser Abschreckungs-„Logik“ ist dabei jedoch, dass man es mit einem rational kalkulierenden Gegner zu tun hat, der auf der Basis hinreichender und ihm auch zur Verfügung stehender Informationen ausschließlich rationale Entscheidungen trifft.

Das Abschreckungskonzept kann mithin schon nach seiner eigenen „Logik“ nicht funktionieren, wenn es um die Abschreckung eines „irrationalen“ Gegners geht. Das kann etwa dann der Fall sein, wenn dieser für „rationale“ Argumente nicht oder nur schwer zugänglich ist, also wenn er – aus welchen Gründen auch immer – zur Benutzung rationaler Abwägungskalküle nicht imstande oder nicht willens ist. Historische Beispiele für solche „abschreckungsresistenten“ Gegner waren jedenfalls im 20. Jahrhundert, dem „Zeitalter der Extreme“ nicht gerade selten; man stelle sich vor, sie hätten über Atomwaffen verfügt. Die aktuelle Weltpolitik zeigt ähnliche Gefahren. In der aktuellen schweren Weltwirtschaftskrise können lokale bewaffnete Konflikte schnell zu einem militärischen Schlagabtausch zwischen Großmächten eskalieren.

Aber auch dann, wenn man es mit einem prinzipiell „rationalen Gegner“ zu tun hat, ist die Funktionsfähigkeit auch der nuklearen Abschreckung davon abhängig, dass diesem Gegner nach den konkreten Umständen hinreichende zeitliche und informatorische Kapazitäten zur Verfügung stehen, um kritische Entscheidungssituationen in dem erforderlichen Maß abschätzen und beurteilen zu können sowie hieraus in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit verantwortliche Folgerungen zu ziehen. Es ist äußerst fraglich und ungewiss, dass dies – wenn es für das Überleben der Menschheit darauf ankommt – der Fall sein wird.

Die Abschreckungs-„Logik“ funktioniert auch dann nicht und stößt an gefährliche Grenzen, wenn menschliche Fehleinschätzungen oder „technisches Versagen“ wirksam werden. Dies ist etwa der Fall, wenn sich elektronische Fehlinformationen in Kommunikationssysteme einschleichen oder andere Defekte dort wirksam werden, die es für die jeweils andere Seite angesichts extrem kurzer Vorwarnzeiten sehr schwer oder gar unmöglich machen, sicher zu diagnostizieren, ob in der konkreten Entscheidungssituation die z.B. aus den Computersystemen verfügbaren Daten auf einen gegnerischen Angriff schließen lassen oder nicht. In den vergangenen 70 Jahren gab es im Osten und im Westen – gut dokumentiert – zumindest zwanzig äußerst kritische Situationen, in denen die Welt am Rande eines nuklearen Infernos stand. Allein aufgrund glücklicher Umstände entging die Welt dabei einer nuklearen Katastrophe (Ex-US-Verteidigungsminister Robert McNamara: „We only lucked out“).

Das von den Fürsprechern der Atombewaffnung vorgebrachte Argument, dass Deutschland mit dem Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe das Mitsprache-Recht bei einem geplanten Atomwaffeneinsatz der NATO verliere, ist unzutreffend, weil der Nuklearen Planungsgruppe der NATO außer den Stationierungsländern auch die NATO-Mitgliedsstaaten Kanada und Griechenland angehören, die aus der nuklearen Teilhabe ausgestiegen sind und von deren Boden die USA ihre Atomwaffen abgezogen haben. Über einen etwaigen Atomwaffeneinsatz der NATO hat im Übrigen ohnehin der NATO-Rat zu entscheiden, dem alle Regierungen der Mitgliedsländer angehören.

Ein Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe der NATO ist auch deshalb geboten, weil die Regierung der NATO-Führungsmacht USA unter dem Präsidenten Trump von dem Kurs der begrenzten nuklearen Abrüstung des Vorgänger-Präsidenten Obama abgerückt ist und unverhohlen die Strategie verfolgt, dass ein Atomkrieg führbar und gewinnbar sei. Alle nuklearen Rüstungsbegrenzungs-Abkommen haben die USA gekündigt bzw. nicht verlängert, ihre strategischen Raketen werden nicht mehr in die NATO-Planung eingebracht, taktische nukleare „Mini-Nukes“ sind bereits auf US-Atom-Ubooten stationiert und können ohne Absprache mit den NATO-Verbündeten eingesetzt werden. Wenn aus der Sicht der Pentagon-Planer ein begrenzter Atomschlag in Europa möglich ist, besteht die Gefahr, dass Deutschland an einem solchen Völkerrechtsverbrechen mitwirken wird. Außerdem würde Deutschland das Schlachtfeld eines Nuklearkrieges werden – eine Gefahr, die mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation des „Kalten Krieges“ als beendet angesehen worden war.

IALANA widerspricht daher entschieden dem von der Bundesregierung erörterten Plan, für den Einsatz der in Büchel stationierten US-amerikanischen Atomwaffen neue Trägerflugzeuge anzuschaffen. Wir fordern, dass Deutschland umgehend die nukleare Teilhabe beendet. Ein erster Schritt hierzu wäre es, den Übungsbetrieb des Jagdgeschwaders 33 in Büchel mit sofortiger Wirkung einzustellen. Die Bundesregierung ist in ihren Entscheidungen nicht frei, sondern gemäß Art. 20 Abs. 3 Grundgesetz an Recht und Gesetz gebunden. Sie hat Entscheidungen zu unterlassen, die gegen bindendes Völkerrecht und das deutsche Recht verstoßen. Dementsprechend hat der Bundestag am 26. März 2010 fraktionsübergreifend mit breiter Mehrheit den Beschluss gefasst, die Bundesregierung aufzufordern, „sich bei der Ausarbeitung eines neuen strategischen Konzepts der NATO im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen.“ Ein Beschluss zur Modernisierung der Trägersysteme in Büchel und zum Ankauf von US-amerikanischen F 18 Jagdbombern wäre mit diesem Beschluss und den Geboten des Grundgesetzes und des internationalen Rechts unvereinbar.

Weitere Informationen / AnsprechpartnerInnen:

IALANA Deutschland e.V.
Marienstraße 19/20 | 10117 Berlin
www.ialana.de

Über die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler

Verantwortung in der Wissenschaft, Unabhängigkeit, Überparteilichkeit und Solidarität sind die Grundprinzipien der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) e.V. Wir vernetzen Wissenschaftler/innen aus allen Disziplinen. Kritisch und unabhängig setzen wir uns mit den Folgen wissenschaftlicher Forschung und Technik auseinander in Verbindung mit gesellschaftlich relevanten Themen.

Die VDW e.V. wurde 1959 von namhaften Physikern und Unterzeichnern der Göttinger Erklärung gegen die Ausstattung der Bundeswehr mit atomaren Trägern gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern zählen Carl Friedrich von Weizsäcker sowie die Nobelpreisträger Max Born, Otto Hahn, Werner Heisenberg und Max von Laue. Ihr Leitthema war, dass Wissenschaft eine gesellschaftliche Verantwortung hat, aus der heraus sie ihr Tun und ihre Ergebnisse reflektieren und über Chancen, Risiken und Missbrauch aufklären muss. Und diese Verantwortung ist heute genauso wichtig – egal ob im Kontext von Umwelt, Frieden, Wirtschaft oder Gesellschaft.

VERANTWORTUNG Der Wissenschaft

Heute nimmt die VDW Stellung zu Fragen von Nachhaltigkeit im Kontext von Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft, zu Wissenschaftsorientierung und Technologieentwicklung genauso wie zu den Herausforderungen in der Friedens- und Sicherheitspolitik. Mit den Ergebnissen wenden wir uns an die Öffentlichkeit und an Entscheidungsträger auf allen Ebenen von Politik und Gesellschaft. Dabei gestalten wir mit unserer fundierten Expertise aktiv die gesellschaftliche Debatte.

Nachdem die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V. seit ihrer Gründung bereits neben den Naturwissenschaften weitere Disziplinen ergänzt hat, öffnet sie nun ihre Organisation für Wissenschaftler/innen, die noch studieren oder sich am Anfang ihrer wissenschaftlichen Karriere befinden.

Die Junge VDW

In einer sich immer schneller verändernden Welt, die viele verunsichert und komplexe, schwer beherrschbare Risiken birgt, wollen wir jungen Wissenschaft-

ler/innen mit der **Junge VDW** eine Plattform geben, um zum gesellschaftlichen Diskurs über Wissenschaft, Gesellschaft und notwendigen Wandel beizutragen sowie sich aktiv in verschiedenen Themenfeldern zu engagieren und sich zu vernetzen.

Dabei arbeiten wir gemeinsam im Wissen um die Verantwortung von Wissenschaft für nachhaltige, ganzheitliche Lösungen und kritische Reflexion gesellschaftlich relevanter Themen. Hierbei spielt auch unsere inter- und transdisziplinäre Zusammenarbeit eine große Rolle. Zudem sind wir unabhängig von Wirtschafts-, Partei- und anderen Machtinteressen.



Konkret bietet die **Junge VDW**

- die Möglichkeit der Mitarbeit an Themen und Projekten der VDW
- eine Plattform für das Einbringen eigener Ideen zu neuen Projekten
- ein wachsendes Netzwerk zum Austausch mit Gleichgesinnten - hochschulübergreifend, international, interdisziplinär
- den lebendigen Diskurs im Austausch von jungen und alten Lebenswelten
- Raum für persönliches Engagement für relevante Zukunftsthemen in Zusammenarbeit mit anderen
- die Chance für ein Mentoring und den Dialog mit erfahrenen Wissenschaftlern

Mach mit... konkrete Utopien für eine nachhaltige Zukunft anzudenken, zu entwickeln und interdisziplinär umzusetzen. Komm zur **Junge VDW**.

Bei Interesse melde dich gerne über:
junge-vdw@vdw-ev.de

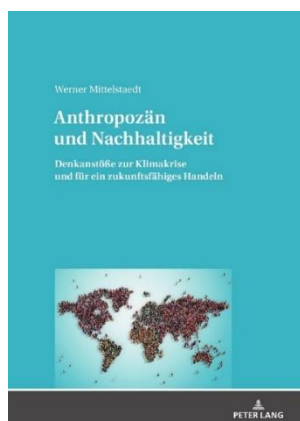
Weitere Informationen zu VDW und **Junge VDW**:
www.vdw-ev.de

VDW e.V. Geschäftsstelle
 Marienstr. 19/20 | 10117 Berlin
 Telefon: (030) 21 23 40 56
 E-Mail: info@vdw-ev.de

Das Anthropozän, die Klimakrise, das Coronavirus und die Zukunft der Weltgesellschaft*

Über das neue Buch »Anthropozän und Nachhaltigkeit« im Kontext der Coronakrise

Für immer mehr Intellektuelle, Politikerinnen und Politiker, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus nahezu allen Disziplinen stellt sich nicht im Geringsten die Frage, dass die Weltgesellschaft das Erdzeitalter des Anthropozäns (Zeitalter des Menschen) erreicht hat. Die Existenz des Anthropozäns wird durch unzählige folgen-schwere Eingriffe des Menschen in die Biosphäre und Erdatmosphäre am deutlichsten. Sie führten zu der Tatsache, dass der schon angelaufene Klimawandel durch den Menschen verursacht wurde.



Peter Lang – Internationaler Verlag
der Wissenschaften, Berlin, Bern,
Bruxelles, New York, Oxford,
Warszawa, Wien 2020.
242 Seiten, Hardcover,
4 farb. Abb., Personen- und
Sachregister, € 29.95,
ISBN: 978-3-631-82523-1
(Auch in allen E-Book-Formaten erhältlich!)

Der Mensch hat sich definitiv zum geologischen Faktor der Erde entwickelt, was seit ihrer Entstehung nur den Naturkräften vorbehalten war.

Seinen Einfluss auf die belebte und unbelebte Natur der Erde übt der Mensch mit zunehmender Beschleunigung aus. Dadurch wurde die Komplexität in den menschlichen Gesellschaften so gesteigert, dass wir inzwischen auf Gedeih und Verderb auf eine hochtechnisierte, extrem komplexe Infrastruktur angewiesen sind, in der schon kleinste Störungen katastrophale Folgen haben können.

In diesem Kontext haben Menschen überwiegend ihre ehemals nachhaltigen ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen aufgegeben. Das Ergebnis ist, dass die Weltgesellschaft Tag für Tag an Zukunftsfähigkeit einbüßt.

Durch den Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, aber spätestens seit der Rio-Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung, dem sogenannten Erdgipfel, im Jahr 1992 wird die Dringlichkeit die nachhaltige Entwicklung auf der Erde zu realisieren, politisch und gesellschaftlich debattiert. Zahlreiche Projekte für die nachhaltige Entwicklung wurden realisiert, viele davon mit großem Erfolg. Aber in der Gesamtheit haben sich in den letzten

Jahrzehnten die ökologischen Krisen und Katastrophen nachweislich gehäuft. Ebenso haben sich weder vor noch nach der Rio-Konferenz nachhaltige Entwicklungen auf der Erde so etablieren können, dass sie mit dem bestehenden Fortschrittmuster und dem Kapitalismus des 20. und 21. Jahrhunderts auch nur ansatzweise schritthalten konnten. Etwas pointiert formuliert bedeutet Letzteres, dass etwa auf einen Quadratkilometer neu ausgewiesenes Naturschutzgebiet, die Natur und Umwelt mit einem neuen Einkaufszentrum und mindestens sechzig neuen Ein- und Mehrfamilienhäusern »zurechtkommen« muss.

Vor der Coronavirus-Pandemie war das Niveau des quantitativen sozioökonomischen Wachstums auf dem höchsten Stand in der Geschichte der Weltgesellschaft. Ganz kurz: Es wurde das meiste Erdöl gefördert, die meisten Autos gebaut, nie zuvor waren mehr Menschen in Flugzeugen gleichzeitig in der Luft, es wurden die meisten Flächen versiegelt, das meiste Fleisch gegessen, die meisten Waren produziert und transportiert und so weiter und so fort. Die sozioökonomischen Aktivitäten haben gravierende negative Folgen für das Erdsystem und mindern die Qualität der Erde, ihre großartige Vielfalt des Lebens (Menschen, Tiere, Pflanzen) mit akzeptablen Lebensbedingungen dauerhaft sicherzustellen, weil die Reaktionsfähigkeit der Biosphäre der Erde und der Erdatmosphäre schon seit Jahrzehnten überschritten werden. Kurzum: Das von den Ländern des Nordens geprägte Fortschrittmuster, das inzwischen praktisch auch von allen Schwellenländern und den Ländern des Südens übernommen wurde, ist nicht zukunftsfähig. Dann kam die Coronavirus-Pandemie. Sie führte zur größten Entschleunigung der globalen sozioökonomischen Aktivitäten seitdem das Anthropozän besteht. Die Maßnahmen, die zu ihrer Bekämpfung weltweit ergriffen wurden, übertreffen alles, was bislang gegen die vielen Krisen und Katastrophen im Anthropozän unternommen wurde. Weder die Großdemonstrationen gegen die Klimakrise und für mehr Klimaschutz, die die globale Bewegung »Fridays for Future« und andere Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten bislang weltweit zustande brachten, noch die nicht mehr zählbaren Aktionen für den Natur- und Umweltschutz, die regelmäßigen Warnungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie von Nichtregierungsorganisationen aus dem Natur- und Umweltschutz und der Wissenschaft, weder die mahnenden Worte vom Papst durch seine im Jahr 2015 veröffentlichte Enzyklika »Laudato si«, noch die von ungezählten Intellektuellen waren so folgenreich wie die dringend notwendigen Maßnahmen gegen die Coronavirus-Pandemie. Der Grund dafür ist die kollektive Angst vor dem Coronavirus und seinen extrem schwerwiegenden Folgen. Die Angst davor übertrifft deutlich die Angst vor den Folgen des Klimawandels und der fortschreitenden Zerstörung der Lebensgrundlagen der Erde.

Ein winzig kleines »Ereignis« in Form eines sich zur Pandemie ausbreitenden neuen Virus hat dazu geführt. Inzwischen wird schon von einem Krieg gegen das neue

Sars CoV-2-Virus gesprochen. Ein Krieg gegen einen Gegner, der nicht einmal zu den Lebewesen auf der Erde zählt, was unter Virologen unstrittig ist. Epidemien und Pandemien sind aber nichts Neues. Sie begleiteten die Menschheit tausende Jahre lang und sie begleiten auch die heutige Weltgesellschaft. Im 20. Jahrhundert haben sie viele Millionen Todesopfer gefordert. Aber in der Weltgesellschaft des 21. Jahrhunderts mit derzeit 7,78 Milliarden Menschen und der hochgradig vernetzten wirtschaftlichen Globalisierung sowie »einer permanenten Völkerwanderung« durch den globalen Tourismus breitet sich jede Pandemie noch schneller aus als in früheren Zeiten, so dass die medizinischen Kapazitäten unter enormen Druck geraten. Sie können oft nicht alle erkrankten Menschen versorgen und betreuen.

Schlägt durch die Coronavirus-Pandemie die Natur deshalb zurück, weil wir sie durch unser nicht nachhaltiges sozioökonomisches Fortschrittsmodell fortwährend gefährden und zerstören?

Unstrittig sollte sein, dass die Coronavirus-Pandemie auch entstanden ist, weil wir Menschen die Pflanzen- und Tierwelt rücksichtslos manipulieren, ausbeuten und zerstören. Homo sapiens hat das Gleichgewicht der Pflanzen- und Tierwelt spätestens seit der ersten industriellen Revolution immer mehr gestört.

Die Liste der vielen notwendigen politischen Maßnahmen zur Verlangsamung der Coronavirus-Pandemie, um Menschen zu schützen und die Gesundheitssysteme nicht zu überlasten, ist sehr lang. So wurde der globale Tourismus – eine der Ursachen von Pandemien jedweder Couleur – rasch gestoppt. Durch den Corona-Lockdown gibt es weltweit viele Berufsverbote und stark reduzierte Produktionen. Aufgrund der wechselseitig extrem abhängigen globalisierten Weltwirtschaft wurden viele Zuliefererketten (z. B. in der Automobilwirtschaft) unterbrochen und durch »social distancing / stay home!« wurde das öffentliche Leben heruntergefahren.

Es stellt sich die Frage, ob diese Zäsur (und es ist eine Zäsur) durch die Coronavirus-Pandemie für die Weltgesellschaft nicht auch dauerhafte Auswirkungen auf das bestehende Fortschrittmuster und damit auf das quantitative sozioökonomische Wachstum haben wird? Es hätte Auswirkungen, wenn aus den Maßnahmen, die gegen die Coronavirus-Pandemie getroffen wurden, auch im Kampf gegen die Klimakrise und den vielen anderen Krisen der Weltgesellschaft gelernt würde, was sehr zu hoffen ist.

Die Entscheider in den politischen, ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Institutionen müssen sich fragen, ob die wirtschaftliche Globalisierung dahingehend korrigiert werden sollte, die vielen Transportwege für Zuliefererdienste durch mehr regional tätige Zulieferer und eine höhere Lagerhaltung zu reduzieren. Es muss hinterfragt werden, ob die Gesundheitssysteme nicht weiter von pharmazeutischen Produkten, medizinischem Zubehör und Apparaturen abhängig sein dürfen, die weit entfernt produziert und die im Notfall knapp werden. Auch sollte der globale Tourismus hinterfragt werden, der sich völlig neu aufstellen müsste. Er dürfte, insbesondere aufgrund der Klimakrise, nur noch sehr geringfügig aus Flugreisen und Reisen mit Kreuzfahrtschiffen bestehen, die nicht mit regenerativ erzeugten Treibstoffen angetrieben werden. Diese wenigen Fragestellungen stehen exemplarisch für viele weitere Fragen, die durch die Coronakrise »an die Oberfläche gespült wurden«. Ebenfalls wurden durch die

Coronakrise viele gravierende politische, gesellschaftliche, soziale und ökonomische Missstände festgestellt. Denken wir nur an die Ausbeutung der MitarbeiterInnen in den Schlachthöfen, an die miserablen Arbeitsbedingungen von ErntehelferInnen, die schwierigen Arbeitsbedingungen der Menschen in den Krankenhäusern und in den Alten- und Pflegeheimen, die von PaketzustellerInnen und so weiter. Denken wir auch an die verfehlten Maßnahmen gegen die Coronavirus-Pandemie in Ländern mit rechtspopulistischen Regierungen, insbesondere die USA und Brasilien.

Aber durch die Coronakrise wurden auf nahezu allen Ebenen menschlichen Handelns auch Lernprozesse vorangetrieben, die wir auch im Kampf gegen die vielen Krisen im Anthropozän nutzen sollten. Wird durch sie auch die dringend notwendige »zweite Aufklärung« (dritter Teil des Buches) gefördert, die unabdingbar ist, um die Herausforderungen des Anthropozäns zu meistern?

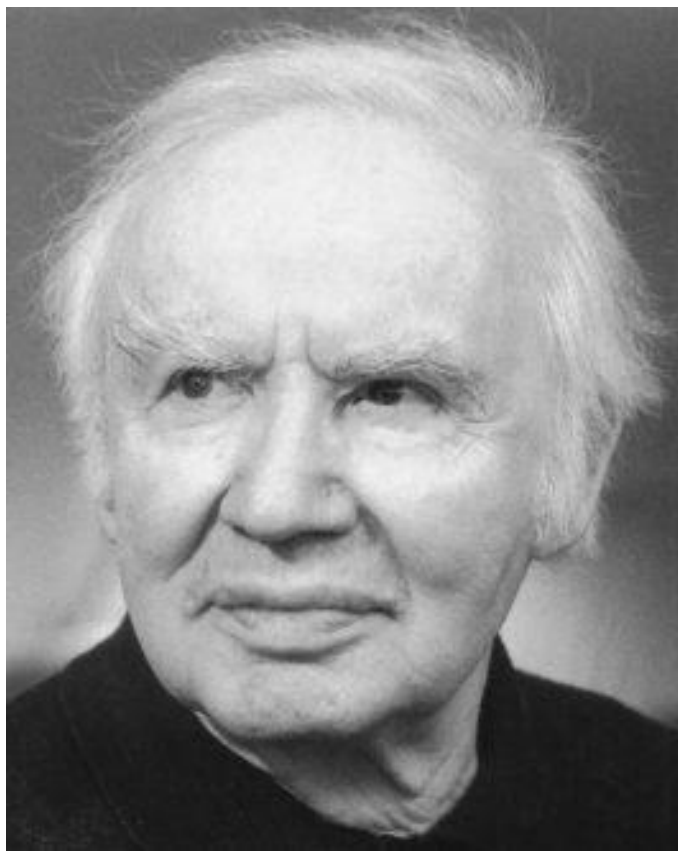
Die meiste Zeit, in der »Anthropozän und Nachhaltigkeit« geschrieben wurde, gab es das Coronavirus nicht. Aber durch die Coronavirus-Pandemie wurde die Kernaussage dieses Buches zusätzlich dramatisch bestätigt: Wenn wir nicht massiv gegen die Klimakrise vorgehen und ein wirklich nachhaltiges Handeln durchsetzen, dann gefährden wir alles Leben auf der Erde – auch das Leben des Homo sapiens. Nun ist die Zeit zum Umdenken gekommen! Die Coronakrise ist Warnung und Chance zugleich!

Wenn aus den Maßnahmen gegen die Coronakrise gelernt würde, dann würden konkrete Handlungen gegen die Klimakrise und für zukunftsfähiges Handeln, verglichen mit denen gegen die Coronavirus-Pandemie, das Leben der Menschen nahezu nicht beeinträchtigen. Der Gewinn an Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität wäre aber enorm!

»Anthropozän und Nachhaltigkeit« richtet sich an jeden Einzelnen und an alle Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Technologie. Es liefert vertiefendes Wissen über das Anthropozän sowie Aufklärung (erster Teil des Buches) und im zweiten Teil des Buches ein realistisches Konzept mit dreißig sozialverträglichen Maßnahmen, um wirksamen Klimaschutz national und international voranzutreiben. Des Weiteren werden einige Dutzend Wertorientierungen und Denkmuster sowie Handlungsmuster präsentiert, um zukunftsfähiges Handeln zu verbessern bzw. in vielen Fällen erst zu ermöglichen. Darüber hinaus unterstützt es auf dem aktuellsten Stand des Wissens den niederländischen Atmosphärenforscher und Nobelpreisträger für Chemie, Paul J. Crutzen, und den im Jahr 2012 verstorbenen amerikanischen Ökologen, Eugene F. Stoermer, die den Begriff »Anthropozän« für unsere derzeitige geochronologische Epoche (Erdzeitalter) im Jahr 2000 vorgeschlagen haben und eine Ausrufung des Anthropozäns als neues Zeitalter forderten. Dementsprechend wiederholen die Buchthesen mit einer Fülle von hochaktuellen Argumenten auch die Ausrufung des Anthropozäns als neues Erdzeitalter.

* Dieser Text erschien erstmals im Mai 2020 in Blog der VDW (<https://vdw-ev.de/werner-mittelstaedt-anthropozan-klimakrise-coronavirus/>) und wurde für BLICKPUNKT ZUKUNFT erweitert.

»Robert Jungk würde heute mit Fridays for Future demonstrieren«
Zu seinem 26. Todestag



Am 14. Juli 1994 ist der Zukunftsforscher und Aktivist der Friedens-, Antiatom- und Umweltbewegung Robert Jungk im Alter von 81 Jahren verstorben. Dass der Todestag zugleich der Tag der französischen Revolution ist, trifft wohl gut. Zeit seines Lebens hat sich Jungk für »Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität« eingesetzt. In seiner Streitschrift »Projekt Ermutigung« bezieht er sich direkt auf die Aufklärung und die Werte der französischen Revolution. »Würde Jungk heute noch leben, würde er wohl gemeinsam mit Fridays for Future für einen ernsthaften Klimaschutz demonstrieren. Er würde sich für die Abrüstung aller Armeen und die Ausrufung von Ministerien für Frieden einsetzen, wie dies eine Initiative in Deutschland gerade fordert. Er würde die dramatische Ungleichheit in der Welt anprangern und sich für die Entrechteten einsetzen. Und er würde vorschlagen, in tausenden Zukunftswerkstätten die Menschen zu fragen, wie sie die Zukunft gestalten würden«, so Hans Holzinger, ein früherer Mitstreiter des Zukunftsdenkers, der seit 1992 in Jungks »Bibliothek für Zukunftsfragen« aktiv ist.



»Seine« Bibliothek für Zukunftsfragen

Im Bild oben: Robert Jungk gemeinsam mit dem Gründer des Right Livelihood Award Jakob von Uexküll in »seiner« 1986 eröffneten Bibliothek für Zukunftsfragen (Foto: JBZ-Archiv)

Die von Jungk 1986 mit Unterstützung von Stadt und Land Salzburg gegründete »Bibliothek für Zukunftsfragen« versteht sich als Ort, an dem Zukunftswissen gesammelt und analysiert wird – und an dem über mögliche, wahrscheinliche und wünschbare Zukünfte diskutiert wird. In den Veranstaltungsreihen »Montagsrunden«, »Zukunftsbuch« und »Projekte des Wandels« werden aktuelle Themen zur Diskussion gestellt. Die Bücherdatenbank »proZukunft«, das gleichnamige »Buchmagazin über zukunftsweisende Debatten« sowie die Reihe der »JBZ-Arbeitspapiere« mit mittlerweile 50 Studien informieren über zukunftsrelevante Diskurse.

Fünf Bücher von Robert Jungk wurden im Rowohlt-Verlag neu aufgelegt

Besonders freuen wir uns, dass der Rowohlt-Verlag fünf Bücher von Robert Jungk neu aufgelegt hat: »Die Zukunft hat schon begonnen«, »Strahlen aus der Asche«, »Heller als tausend Sonnen«, »Der Atomstaat« und »Der Jahrtausendmensch«.

Links:

Wer war Robert Jungk?
<https://jungk-bibliothek.org/ich-will/wer-war-robert-jungk/>

Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen:
<https://jungk-bibliothek.org>

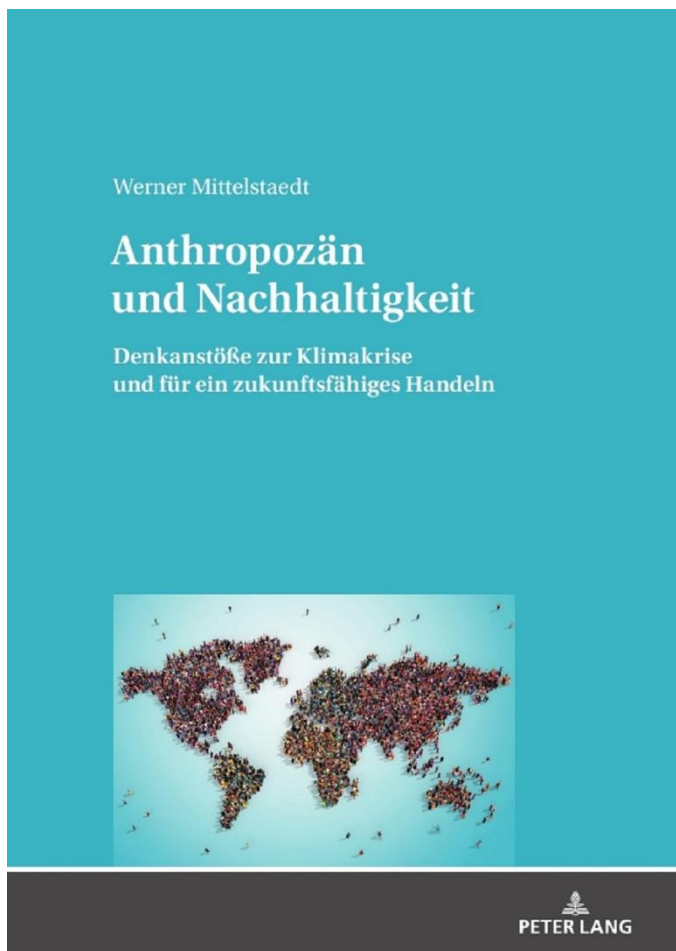
Titelbild: Lillian Birnbaum

Rückfragen: Mag. Hans Holzinger
E-Mail: hans.holzinger@jungk-bibliothek.org

Werner Mittelstaedt

Anthropozän und Nachhaltigkeit

Denkanstöße zur Klimakrise und
für ein zukunftsfähiges Handeln



Peter Lang – Internationaler Verlag der Wissenschaften, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Warszawa, Wien 2020.
242 Seiten, Hardcover, 4 farb. Abb., Personen- und Sachregister,
€ 29.95, ISBN: 978-3-631-82523-1
(Auch in allen E-Book-Formaten erhältlich!)

Beschreibung des Verlages:

Was genau ist das Anthropozän und wie ist es entstanden? Welche Kräfte wirken in ihm? Wohin führt es die globale Zivilisation? Hat das Anthropozän die Klimakrise herbeigeführt? Gibt es durch das Anthropozän praktisch keine reale Nachhaltigkeit mehr? Was kann aus den vielen Krisen im Anthropozän gelernt werden?

Diese Fragestellungen werden gut lesbar und anschaulich auf dem aktuellen Stand der Dinge behandelt. Auf dieser Basis stellt der Autor einen detaillierten Plan zur Abschwächung der Klimakrise vor, der durch einzelne Staaten verwirklicht werden könnte. Außerdem präsentiert er ein Konzept zur Erzielung realer Nachhaltigkeit und begründet, warum das Anthropozän als neues Erdzeitalter ausgerufen werden sollte.

In diesem Kontext geht der Autor auch auf die Coronavirus-Pandemie ein.

Das Buch schließt mit der Aufforderung, die »zweite Aufklärung« voranzutreiben. Sie ist notwendig, um das noch verbleibende Zeitfenster von wenigen Dekaden zu nutzen, damit das Anthropozän zukunftsfähig wird.

Aus dem Inhaltsverzeichnis

Erster Teil: Macht euch die Erde untertan! / Die große Beschleunigung seit dem Jahr 1950 / Acht zukunftsgefährdende Megatrends / Droht der Untergang der globalen Zivilisation? / Das Anthropozän – das Zeitalter des Menschen / Warum das Anthropozän offiziell ausgerufen werden sollte

Zweiter Teil: Wege aus der Klimakrise – Zukunftsfähigkeit sichern / Der Blick auf die Erde / Nicht unrealistische Sofortmaßnahmen / Notwendigkeiten für die zukunftsfähige Weltgesellschaft:
a) Wertorientierungen und Denkmuster
b) Handlungsmuster

Dritter Teil: Die zweite Aufklärung oder »Nach uns die Sintflut«

Glossar: Zukunftswissen im Anthropozän

Das Buch im Kontext der Coronakrise

Das Coronavirus ist auch entstanden, weil wir Menschen die Pflanzen- und Tierwelt rücksichtslos manipulieren, ausbeuten und zerstören. Durch die Coronavirus-Pandemie wurde die Kernaussage dieses Buches zusätzlich dramatisch bestätigt: Wenn wir nicht massiv gegen die Klimakrise vorgehen und ein wirklich nachhaltiges Handeln durchsetzen, dann gefährden wir alles Leben auf der Erde – auch das Leben des Homo sapiens. Nun ist die Zeit zum Umdenken gekommen! Die Coronakrise ist Warnung und Chance zugleich!

Wenn aus den Maßnahmen gegen die Coronakrise gelernt würde, dann würden die einzelnen Maßnahmen gegen die Klimakrise und für zukunftsfähiges Handeln, verglichen mit denen gegen die Coronavirus-Pandemie, das Leben der Menschen nahezu nicht beeinträchtigen. Der Gewinn an Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität wäre aber enorm!

Dieses Buch, dass sich an jeden Einzelnen und an alle Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Technologie richtet, liefert vertiefendes Wissen über das Anthropozän sowie Aufklärung und ein realistisches Konzept, um wirksamen Klimaschutz voranzutreiben und zukunftsfähiges Handeln einzuleiten.